



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

Ausnahmezustand

Der Landtag und die Corona-Pandemie

Gegen Corona
Eine Milliarde und
neue Gesetze

Vor Corona
Schnee, Ölkrise,
Tschernobyl

Wegen Corona
Sorgen um die
Menschenrechte

03 Meldungen

Ausnahmezustand: der Landtag und die Corona-Pandemie

05 Neue Regeln, neue Herausforderungen

06 Parlament und Pandemie: Wie der Landtag arbeitsfähig blieb

08 Das Corona-Tagebuch: von Lockdown bis Lockerung

10 **Rückblick 1978/79:**
Auch in der Schneekatastrophe herrschte Ausnahmezustand



Kapitulation vor den Schneemassen:
Der Lockdown dauerte damals Monate

14 **Rückblick 1962/1973/1986:**
Sturmflut, Ölkrise und Tschernobyl wirken sich auf den Alltag aus

16 Abgeordnete berichten aus dem Home-Office

18 Corona-Spuren: ein Rundgang durchs Landeshaus

20 **Corona im Plenum:** Nachtrags Haushalte, Schulgesetz, Kontrollen an der Hamburger Grenze, Lage auf den Schlachthöfen, neue Steuerschätzung, Hilfen für die Wirtschaft, Pressefreiheit, „Lernsommer“



Mit mindestens einer Milliarde Euro will die Landespolitik die Corona-Folgen abmildern

25 **Plenum:** die Bundeswehr und die Kieler Woche, Streit um Tiertransporte

26 **Plenum:** deutsche Kolonialgeschichte

27 **Personalien**

28 **Ausschüsse:** Mundschutz und Schleier an Schulen, Konik-Pferde in Dithmarschen

29 **Die Seite für das Ehrenamt**

30 **Leichte Sprache:** Lob und mehr Geld für Kranken-Schwestern und Pfleger

31 **Beauftragte:** Ein Jubiläum und viele Sorgen wegen Corona

32 **Politische Bildung:**
75 Jahre UN-Charta



Die Skulptur „Non Violence“ (Gewaltlosigkeit) vor dem UN-Gebäude in New York: In Corona-Zeiten wächst die Sorge um die Menschenrechte

33 **Bücherecke:** Die Innenministerien in Ost und West, die Flüchtlingskrise 2015, die Bedeutung der Künstlichen Intelligenz

34 **Im Porträt:**
Jörg Hansen (FDP) und Volker Schnurrbusch (AfD) persönlich

35 **Ins Bild gerückt**
Zu Besuch im Landeshaus

36 **Termine, Termine, Termine**



Der Schnappschuss

Der CDU-Abgeordnete Hans-Jörn Arp aus dem Heavy-Metal-Dorf Wacken begrüßt zu Beginn der April-Sitzung.

Titelseite

Die SPD-Abgeordnete Kerstin Metzner bereitet sich auf die Mai-Plenarsitzung vor.

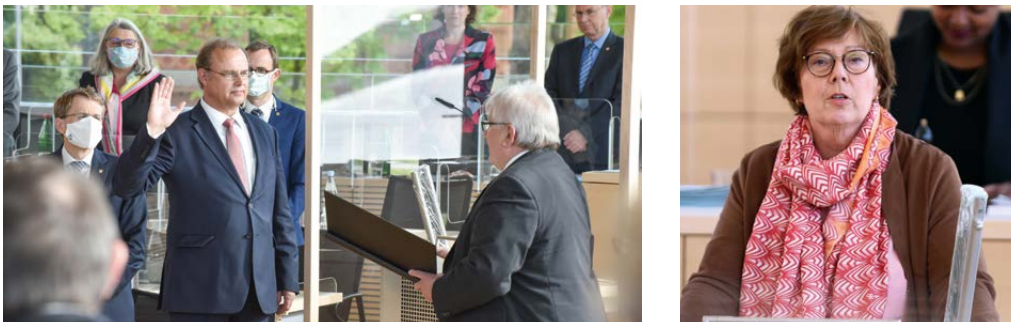
ZÄHLBARES

95,1%

Um so viel brach die Zahl der Übernachtungsgäste in Schleswig-Holstein im April 2020 gegenüber dem Vorjahr ein. Auch Gastronomie, Einzelhandel und Industrie rutschten deutlich ins Minus. Dagegen wurden mehr Fahrräder verkauft, und die Zahl der Verkehrsunfälle sank auf ein 30-Jahres-Tief.

(Quellen: Statistikamt Nord, Statistisches Bundesamt)

Landeskabinett umbesetzt – Streit um Ex-Minister Grote



Ministerpräsident Daniel Günther hat Ende April das Kabinett umgebildet. Neue Innenministerin ist Sabine Sütterlin-Waack, die zuvor seit 2017 das Amt der Justizministerin innehatte. Sie folgt auf Hans-Joachim Grote, der nach Meinungsverschiedenheiten mit Ministerpräsident Günther von seinem Posten zurückgetreten war. Neuer Justizminister ist der Abgeordnete Claus-Christian Claussen. Er leitete zuvor den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur sogenannten Rocker-Affäre bei der Landespolizei. Alle Beteiligten gehören der CDU an. Zu Beginn der Mai-Tagung wurde Claussen von Landtagspräsident Klaus Schlie als Minister vereidigt (**Foto li.**). Sütterlin-Waack (**re.**) war bereits vor drei Jahren bei ihrem Amtsantritt als Justizministerin vereidigt worden. Das Stühlerücken im Kabinett hatte zahlreiche Umbesetzungen in der CDU-Fraktion und in den Ausschüssen zur Folge (siehe Seite 27). Grote hatte sein Amt niedergelegt, nachdem Regierungschef Günther das Vertrauensverhältnis als zerrüttet bezeichnet hatte. Hintergrund war

die angebliche Korrespondenz des Ministers mit einem Journalisten und einem Polizei-Gewerkschafter, die im Rahmen von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Kiel an die Staatskanzlei gemeldet wurde. Grote weist die Vorwürfe gegen ihn zurück. Anfang Juni hat Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD) Zweifel an Günthers Darstellung zum Rücktritt Grotes geäußert. Stegner hatte Einblick in die von der Regierung bereitgestellten Akten aus Staatskanzlei, Innenministerium und Justizministerium. Es gebe Hinweise, wonach die von Grote vorgenommene Neubesetzung der Polizeispitze im Jahr 2017 „Missfallen ausgelöst“ habe, so Stegner. In diesen Personalentscheidungen könne der eigentliche Grund für Grotes Ausscheiden aus dem Amt gelegen haben. Zudem kritisierte der SPD-Fraktionschef eine angeblich zu große Nähe zwischen der Landesregierung und der Kieler Staatsanwaltschaft. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch warf Stegner im Gegenzug vor, „mit nichts anderem als Unterstellungen, Vermutungen und heißer Luft“ zu arbeiten.

Flemming Meyer verlässt den Landtag

Der SSW-Abgeordnete Flemming Meyer legt zum 1. August sein Mandat nieder. „Ich bin seit über elf Jahren Mitglied des Landtags und habe mit 68 Jahren ein Alter erreicht, in dem es Sinn macht, sich über einen neuen Lebensabschnitt Gedanken zu machen“, sagte Meyer Mitte Juni. Es sei der richtige Zeitpunkt, für einen Generationswechsel. Sein Amt als SSW-Landesvorsitzender will Meyer im kommenden Jahr abgeben. Für ihn wird voraussichtlich der 39 Jahre alte Flensburger Christian Dirschauer nachrücken. Er ist stellvertretender SSW-Landesvorsitzender. Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte Meyer in der Juni-Tagung als „parlamentarisches Urgestein“. Das „sehr gute,

belastbare und vor allem selbstverständliche Miteinander der dänischen Minderheit und der Mehrheitsgesellschaft“ sei zu einem großen Teil Meyers Verdienst, sagte Schlie.



Wortwörtlich

„Die Bundes- und Landesregierungen werden dabei unter anderem als ‚diktatorisches Hygiene-Regime‘, ‚Quasi-Diktatur‘ oder ‚Notstands-Regime‘ bezeichnet und auch Gewalt gegenüber Passanten, Polizisten oder Journalisten tritt offen zu Tage. Demokratische Prozesse und Entscheidungen werden delegitimiert und untergraben.“

(Tim Brockmann, CDU)

...

„Verschwörungserzählungen sind gefährlich, vor allem, wenn sie zur Grundlage des Denkens und Handelns von Menschen werden, die sich für berechtigt halten, sich gegen Juden, Freimaurer, Tempelritter, Synarchen oder wen auch immer bewaffnet zu verteidigen.“

(Tobias von Pein, SPD)

...

„Wir sehen heute, dass auch vielen Prominenten die Kerzen durchbrennen. Wenn wir Attila Hildmann, einen veganen Koch, sehen, der mit Waffe posiert, und sagt, wir müssen in den Widerstand gehen, dass 5-G-Masten die Zellen in uns erhitzen würden und all so etwas, dann ist das ein Mensch, der sehr viel Reichweite hat.“

(Lasse Petersdotter, Grüne)

...

„Wir müssen aufpassen, dass sich der Staat nicht zur Meinungspolizei aufschwingt und bestimmt, welche Meinungen zu billigen und welche zu missbilligen sind. Kritik muss der Staat aushalten, auch wenn diese unsachlich, dumm, plakativ oder schlicht abwegig ist. Solange sich Meinungsäußerungen in den Grenzen unserer Rechtsordnung bewegen, sollte sich der Staat zurückhalten.“

(Jan Marcus Rossa, FDP)

...

„In vielen Medien wird der Eindruck erweckt, wer gegen die Maßnahmen der Regierung auf die Straße geht, der macht das nur aus einem Grund: Er fürchtet sich vor der Impfmafia, hat Angst vor Bill Gates oder ist einfach nur ein Spinner. Oder noch schlimmer: Er ist ein Rechter – eine Zuschreibung, die heutzutage ja automatisch den Meinungsspielraum auf null einengt.“

(Claus Schaffer, AfD)

...

„Es gibt sie schon lange: die Menschen, die die Medizin als Schulmedizin abqualifizieren und sich stattdessen an Heilerinnen und Heiler wenden. Menschen, die Wolken als Chemtrails interpretieren oder lieber obskuren Quellen vertrauen als seriöser Berichterstattung. Menschen, die den ersten Flug zum Mond als Hollywoodkulisse enthüllen. Diese Wichtigtuer tummeln sich schon seit Jahren in den sozialen Medien.“

(Jette Waldinger-Thiering, SSW)

”

Aus der Debatte über sogenannte Grundrechts- oder Hygiene-Demos am 17. Juni.

Neue Regeln für die Altersversorgung

Die Altersversorgung für Landtagsabgeordnete wird auf ein neues Modell umgestellt. Die Jamaika-Fraktionen, SPD und SSW beschlossen im Juni den entsprechenden Gesetzentwurf. Die AfD und die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein waren dagegen.

Demnach wird die Altersentschädigung ab der kommenden Wahlperiode auf Basis der monatlichen Grundentschädigung berechnet. Sie wird ab dem 67. Lebensjahr an ehemalige Parlamentarier gezahlt, die mindestens ein Jahr lang ihr Mandat innehatten. Mit jedem Jahr der Mandatszeit steigt die Summe um 1,5 Prozent der Grundentschädigung an. Der Höchstbetrag wird nach einer Mandatszeit von 40 Jahren erreicht. Er beträgt 60 Prozent der Grundentschädigung.

Der Gesetzentwurf folgt den Empfehlungen einer unabhängigen Sachverständigenkommission. Die Mitglieder des Gremiums kamen einstimmig zu dem Ergebnis, dass das bisherige Modell mit privater Eigenvorsorge nicht mehr geeignet sei, dauerhaft eine angemessene und krisenfeste Alterssicherung zu gewährleisten. Derzeit bekommen die 73 Abgeordneten über die Grundentschädigung hinaus gut 1.800 Euro monatlich, die sie privat in eine Altersvorsorge investieren müssen. Diese Beiträge sollen künftig in einen staatlichen Versorgungsfonds fließen.

Diäten steigen ab 1. Juli um 2,5 Prozent

Die Entschädigung für die Abgeordneten des Landtages steigt ab dem 1. Juli um 2,5 Prozent von 8.661 auf 8.877 Euro. Grundlage sind laut Abgeordnetengesetz die Zahlen des Statistikamts Nord zur allgemeinen Einkommensentwicklung im vergangenen Jahr. Die Veränderung betrug demnach im Jahr 2019 gegenüber 2018 plus 2,5 Prozent. Ein Vorstoß der AfD, die jährliche Diätenerhöhung für den Rest der Legislaturperiode wegen der Corona-Pandemie aussetzen, fand im Juni keine Zustimmung.

Haushalt 2021 kommt später

Die Aufstellung des Landeshaushalts für 2021 verzögert sich wegen der Corona-Krise. Das kündigte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) Anfang Juni an. Die Landesregierung wolle zunächst die Auswirkungen des 130-Milliarden-Euro-Konjunkturprogramms des Bundes auf den Landeshaushalt prüfen und die Sondersteuerschätzung im September abwarten, so Heinold. Entsprechend wird der Landtag den Etat voraussichtlich erst zu Beginn des kommenden Jahres verabschieden. Üblicherweise geschieht das im Dezember des jeweiligen Vorjahres. Der Finanzausschuss verständigte sich Mitte Juni bereits auf einen geänderten Zeitplan für die Haushaltsberatungen.

Der 8. Mai soll ein Gedenktag werden

Der Landtag hat sich dafür ausgesprochen, den 8. Mai als nationalen Gedenktag auszurufen. Der Tag des Kriegsendes im Jahr 1945 markiere „auch den Grundstein für unsere heutige freiheitliche Demokratie, den es im gesellschaftlichen Bewusstsein wachzuhalten gilt“, heißt es in einem im Juni beschlossenen Antrag von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für das Anliegen einsetzen. „Die Erfahrungen aus unserer Geschichte verpflichten uns und künftige Generationen, daraus zu lernen und Verantwortung zu übernehmen“, sagte die SPD-Abgeordnete Özlem Ünsal, die den Vorstoß des Landtages angeregt hatte.

Die AfD lehnte den Antrag ab. „Dass der 8. Mai für viele Deutsche den Beginn von Vertreibung und Heimatverlust bedeutete und den Weg in die Zweistaatlichkeit Deutschlands eröffnete“, werde „bewusst oder fahrlässig“ ausgeblendet“, so der Abgeordnete Frank Brodehl.

Zum Beginn der Plenarsitzung am 8. Mai hatte Landtagspräsident Klaus Schlie in einer Ansprache an das Kriegsende in Europa und die Befreiung vom Nationalsozialismus vor 75 Jahren erinnert. Die Abgeordneten würdigten die Opfer des Zweiten Weltkrieges mit einer Schweigeminute. Die ursprünglich geplante Gedenkstunde hatten Landtag und Landesregierung aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt. „Dieser Tag war und ist ein Tag der Befreiung, daran gibt es nicht den leisesten Zweifel“, hob der Parlamentspräsident hervor.

Online-Verfahren für Volksinitiativen soll 2021 starten

Der bereits vor zwei Jahren angekündigte Online-Dienst für Volksinitiativen soll zu Beginn des kommenden Jahres unter dem Namen „e-Parti“ an den Start gehen. Das stellte Staatssekretär Torsten Geerds Anfang Juni im Innen- und Rechtsausschuss in Aussicht. Innenministerium und Landtag würden ab Herbst mit dem IT-Dienstleister des Landes, der Firma Dataport aus Altenholz bei Kiel, eine Testphase starten, so Geerds. Der SSW hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Gerade in Corona-Zeiten sei es für Volksinitiativen wichtig, nicht nur in der Fußgängerzone, sondern auch im Internet „Stimmen einholen“ zu können, so der Abgeordnete Lars Harms.

Der Landtag hatte die gesetzliche Möglichkeit für die Online-Volksinitiative bereits 2016 geschaffen. Vertreter der Anfang Juni gestarteten „Volksinitiative zur Weiterentwicklung des Gesetzes zur Energiewende und zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein“ kritisieren die Verzögerung und wollen das Land mit einer Klage vor dem Schleswiger Verwaltungsgericht verpflichten, das Online-Verfahren unverzüglich einzuführen oder alternativ eine Teilnahme per Brief zuzulassen.



Hygieneregeln im Plenarsaal: Abgeordnete verfolgen die Debatte hinter Plexiglas.



Infektionsschutz auch am Rednerpult: Ministerpräsident Daniel Günther hinter Glaswänden



Abstandsregeln auf der Tribüne: Die meisten Plätze mussten leer bleiben.



Mit Mundschutz an den Platz: neue Regeln für den Plenarsaal

Ausnahmezustand

Die Corona-Pandemie hat Spuren hinterlassen, nicht nur im Plenarsaal des Landtages, sondern im ganzen Land. Auf den folgenden Seiten blicken wir auf den Verlauf der Krise vom März bis in den Juni, auf die Arbeit des Parlaments unter erschwerten Rahmenbedingungen und auf die zahlreichen Debatten zu diesem Thema – etwa zum milliardenschweren Hilfspaket für die heimische Wirtschaft und zu den Kontrollen an der Hamburger Stadtgrenze.

Bei allen Differenzen war sich die Landespolitik einig: Corona ist eine bislang einmalige Herausforderung. Beim Blick ins Archiv haben wir dennoch Ereignisse gefunden, die ähnlich tiefe Eingriffe in den Alltag mit sich brachten, wie die Schneekatastrophe 1978/79, die Ölkrise 1973 oder die Atomkatastrophe in Tschernobyl 1986. Davon handeln unsere Rückblicksgeschichten.



Hinter Absperrband: Auch Medienvertreter mussten sich an neue Arbeitsbedingungen gewöhnen.



Dialog durch die Glaswand: Aminata Touré (Grüne) und Tobias von der Heide (CDU)

Das Parlament und die Pandemie

Der Landtag fuhr den Betrieb herunter – blieb aber funktionsfähig

Krisenzeiten, so war in den vergangenen Wochen vielfach zu hören und zu lesen, seien die Zeiten der Exekutive, also der Regierung und der ihr unterstellten Verwaltung. Und nicht die Zeit für Grundsatzdebatten und parlamentarische Verfahren. Der Landtag hat sich in der Coronakrise ein Stück weit zurückgenommen, auch wegen der Beschränkungen für Kontakte und Zusammenkünfte. Zugleich haben die Abgeordneten aber darauf geachtet, dass die Grundregeln der Gewaltenteilung, also die Gesetzgebungsfunktion des Landtages und die parlamentarische Kontrolle der Regierungsarbeit, gewährleistet blieben. Denn das Parlament ist laut Landesverfassung das „oberste Organ der politischen Willensbildung“.

Mit ihren Verordnungen und Erlassen wendete die Landesregierung bestehende Gesetze an. Die Vorgaben, etwa zum Verbot von Versammlungen und großen Veranstaltungen, zur Schließung von Kitas und Schulen, zum Kontaktverbot mit Bewohnern von Pflegeheimen oder zur Pflicht, eine Schutzmaske zu tragen, griffen tief in die Grundrechte der Bürger ein.

Abstandsregeln auch im Landeshaus

Die Einschränkungen, Abstandsregeln und Hygienevorschriften betreffen auch die Abgeordneten und das Landeshaus. Um Kontakte so weit wie möglich zu verhindern,

dauerten die Plenarsitzungen Ende März und Mitte April nur wenige Stunden. Nur gut die Hälfte der 73 Abgeordneten waren anwesend. Sie kamen mit Mundschutz in den Saal, und zwischen ihnen blieb jeweils ein Platz als Sicherheitsabstand frei. Für die Mai-Tagung wurden Trennscheiben aus Acrylglas eingebaut, so dass wieder alle Abgeordneten an den diesmal zweitägigen Beratungen teilnehmen konnten. Mitte Juni gab es dann wieder eine Sitzung über die vollen drei Tage. Mit 75 Tagesordnungspunkten und rund 30 Debatten wurde der „Rückstau“ der vergangenen Monate aufgearbeitet.

Ein Umzug in einen größeren Saal außerhalb des Landeshauses, den andere Landesparlamente antraten, wäre „schon aufgrund der Kosten und der fehlenden Infrastruktur nicht praktikabel gewesen“, betont Landtagspräsident Klaus Schlie. Das schleswig-holsteinische Modell stieß bundesweit auf Interesse: Fünf Landtage erkundigten sich nach den Acrylglasscheiben im Kieler Plenarsaal.

Auch die Besuchertribüne blieb weitgehend leer, die Termine für Besuchergruppen musste das Referat für Öffentlichkeitsarbeit leider absagen. 20 Plätze für Journalisten und für Einzelbesucher sowie Live-Übertragungen im Internet und im Offenen Kanal Kiel sorgten aber für die in der Landesverfassung vorgesehene Öffentlichkeit der Sitzungen.

Landtag blieb Gesetzgeber und Ort der Debatte

Trotz der Corona-Regeln blieb eine Grundfunktion des Landtages unangetastet: Der Landtag beschließt Gesetze. Zahlreiche Gesetze, die die Coronakrise lindern sollen, debattierte und verabschiedete das Parlament im Frühjahr, etwa zwei Nachtragshaushalte mit einem Gesamtvolumen von einer Milliarde Euro. Dabei wendete der Landtag erstmals einen Passus in der Landesverfassung an, der „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ eine Abkehr von den strengen Vorgaben der Schuldenbremse ermöglicht. Dafür ist eine Zweidrittel-Mehrheit nötig. Neben den Jamaika-Frakturen hatten auch die Oppositionsparteien SPD und SSW zuvor zugesagt, den Hilfskurs zu stützen. So waren die notwendigen 49 Stimmen im Parlament sicher. Die AfD votierte ebenfalls für den ersten Nachtragshaushalt, beim zweiten enthielt sie sich.

Der Landtag beschloss auch ein Paket zur Anpassung von insgesamt 29 Gesetzen an die aktuellen Herausforderungen, um das Bildungssystem auf die neue Lage umzustellen. In weiteren Corona-Debatten ging es um Schlachthofmitarbeiter und deren prekäre Wohnverhältnisse, die die Ausbreitung des Virus beförderten, um „Hygiene-Demos“ und um die Hilfe für notleidende Branchen wie Gastronomie, Kultur und Schiffbau (siehe ab Seite 20).

Oppositionsführer Stegner am Kabinetttisch

Ein weiterer Beschluss stellte im März die Weichen für den Fall, dass ein Großteil der Abgeordneten gleichzeitig erkranken oder in Quarantäne isoliert werden sollte. Durch eine bis zum 31. Juli befristete Änderung der Geschäftsordnung gilt der Landtag als beschlussfähig, wenn mindestens elf Abgeordnete anwesend sind und wenn die Fraktionsstärken proportional erhalten bleiben. In normalen Zeiten sind dazu mehr als die Hälfte der Parlamentarier erforderlich. Eine weitere Sonderregelung: Der Landtag hat die Immunität der Abgeordneten pauschal für den Fall aufgehoben, dass ein Parlamentarier sich nicht an die Corona-Schutz-



Tagung mit halber Besetzung: der Landtag Anfang April

maßnahmen halten sollte. Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD) nahm ab März zwischenzeitlich an den Kabinettsitzungen teil, auf Einladung von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). „Das hat den großen Vorzug, viele Informationen zu bekommen und auch Einfluss nehmen zu können“, so Stegner: „Natürlich werden da die Rollen von Regierung und Opposition für eine Weile teilweise verwischt. Aber die Zeiten sind auch nicht normal.“ Die Menschen wollten Problemlösungen, und da stehe die Opposition ebenso in der Verantwortung wie die Regierung, so Stegner.

Die parlamentarische Kontrolle ging weiter

Auch unter den neuen Bedingungen sind die Abgeordneten ihren weiteren Kernaufgaben nachgekommen, neben der Haushaltshoheit und der Verabschiedung von Gesetzen: nämlich Ansprechpartner für die Bürger zu sein, auch vom Home-Office aus (siehe Seiten 16/17), und die Arbeit der Regierung kritisch zu begleiten. So unterrichtete die Landesregierung den Landtag ständig über geplante neue Verordnungen. Das ist im Parlamentsinformationsgesetz so vorgesehen.

Die Ausschüsse des Landtages kamen am Beginn der Krise wöchentlich zusammen, meist per Telefonkonferenz. Bei bedeutsamen Entscheidungen reicht der telefonische Austausch jedoch nicht aus. Laut Geschäftsordnung sind Präsenzsitzungen der Ausschüsse im Landeshaus erforderlich, wenn abgestimmt wird – etwa über die Nachtragshaushalte und die zahlreichen Gesetzesänderungen. Deswegen kamen einige Ausschüsse auch in den Wochen der strengen Kontaktbeschränkungen in Kiel zusammen. Der Ältestenrat, in dem der Landtagspräsident, seine Stellvertreterinnen sowie die Fraktionsvorsitzenden zusammenkommen, traf sich ebenfalls einmal wöchentlich in einer Telefonkonferenz.

Im Mai wurden auch die beiden großen Sitzungssäle des Landeshauses mit Trennwänden aus Acrylglas ausgestattet, so dass die Fachgremien wieder vor Ort zusammenkommen konnten. In den zahlreichen Sitzungen hatten die Fachpolitiker die Möglichkeit, beim jeweiligen Minister Informationen über die aktuelle Lage einzuholen und mit Blick auf die Pläne der Landesregierung nachzuhaken. Auch diese Sitzungen wurden im Internet übertragen.

„Das Parlament nimmt seine Verantwortung voll wahr“, betonte der Vorsitzende des Sozialausschusses, Werner Kalinka: „Dazu zählt, dass trotz eingeschränkter Arbeitsmöglichkeiten Ausschüsse tagen.“

Kleine Anfragen wurden weiter gestellt

Ein zentrales Instrument, mit dem die Opposition die Arbeit der Landesregierung unter die Lupe nimmt, sind die Kleinen Anfragen. Jeder Abgeordnete kann sie stellen, die Regierung hat zwei Wochen Zeit zum Antworten. Wegen der gestiegenen Arbeitsbelastung in den Ministerien hat der Ältestenrat diese Frist Anfang April vorübergehend auf vier Wochen verlängert. Auch während der Corona-Krise nahmen vor allem Oppositionspolitiker von SPD, AfD und SSW ihr Fragerecht wahr. Dabei ging es beispielsweise um die Verwendung von Recyclingbeton, um das Gänsemanagement, um Bebauungspläne in Travemünde oder um die Städtebauförderung in Neumünster – politisches Alltagsgeschäft auch in nicht alltäglichen Zeiten. Landtagspräsident Klaus Schlie unterstreicht: „Eines ist klar: Unser parlamentarisches System funktioniert.“

Die Landtagsverwaltung unterstützt aus dem Home-Office

Ein Punkt ist für den Landtagspräsidenten zentral für die Arbeit der Abgeordneten: „Unsere Verwaltung ist auch in dieser Ausnahmesituation absolut leistungsfähig.“ Ein Großteil der Mitarbeiter arbeitet von zu Hause aus, und das Zusammenspiel zwischen ihnen und der „Notbesetzung“ im Landeshaus klappt. „Die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Landtagsverwaltung ist in diesen außergewöhnlichen Tagen und Wochen sichergestellt“, fasst Landtagsdirektor Utz Schliesky zusammen. Landtagspräsident Schlie stellt klar: „Unser Landesparlament ist genauso handlungsfähig wie unsere Landesregierung, alle Behörden im Land und die Justiz.“ Möglich macht dies die Grundausstattung im Landtag. So sind fast alle Arbeitsplätze mit Laptops für das mobile Arbeiten in einem streng gesicherten IT-Netz ausgerüstet. Und da auch die Diensttelefone zu den Heimarbeitsplätzen weitergeleitet werden können, sind die Verwaltungsmitarbeiter auch für Anfragen „von außen“ erreichbar.



Auch während der Beschränkungen für größere Versammlungen zogen Bürger vors Landeshaus, um für ihre Anliegen zu demonstrieren. Dabei ging es um faire Milchpreise (oben) oder um die Lage der Reisebüros in der Krise (unten). Die Veranstaltungsbranche, die Busunternehmen sowie die Krabben- und Küstenfischer meldeten sich ebenfalls per Demo vor dem Landtag zu Wort.



Das Corona-Tagebuch

18. März: Der Lockdown beginnt

Schleswig-Holstein fährt herunter. Schulen, Unis, Kitas, Theater, Spielplätze, Restaurants und viele Läden bleiben zunächst geschlossen, und der Norden wird zum „Sperrgebiet“ für Touristen. „Wir schränken das öffentliche Leben so drastisch ein, um diejenigen zu schützen, die einer Risikogruppe angehören“, erklärt Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) im Landtag: „Uns ist klar, dass wir den Menschen viel abverlangen.“

Die Corona-Krise sei eine „Herausforderung für uns als ganze Gesellschaft“, betont Günther: „Eine vergleichbare Situation hatten wir noch nie“. Das Virus habe Entscheidungen nötig gemacht, „die wir uns bis vor kurzem so nicht hätten vorstellen können“. Der Landtag beschließt ein 500 Millionen Euro schweres Nothilfepaket. Der Ende Februar eingereichte Nachtragshaushalt wird aufgestockt. Damit sollen die Folgen für Betriebe und Beschäftigte gemildert werden. Die Landesmittel sollen das Hilfsprogramm des Bundes ergänzen. „Wir wollen den wirtschaftlichen Schaden begrenzen, auch wenn wir uns nichts vormachen sollten: Dieser wird gewaltig sein“, unterstreicht FDP-Fraktionschef Christopher Vogt.

Die Oppositionsparteien SPD und SSW haben zuvor zugesagt, den Nachtrag zu unterstützen. Damit steht die notwendige Zweidrittel-Mehrheit, um die Schuldenbremse in der Landesverfassung zur Krisenabwehr auszusetzen. Dasselbe passiert noch einmal, bei einem zweiten Nachtrag über erneut 500 Millionen Euro im Mai. Dies sei „nicht die Stunde für die üblichen Rituale von Opposition und Regierung“, so SPD-Oppositionsführer Ralf Stegner.

17. April: Ein Dankeschön und erste Lockerungen

Das Land hat nach Einschätzung von Ministerpräsident Günther ein Zwischenziel zur Überwindung der Corona-Krise erreicht. Der Regierungschef stellt erste Lockerungen vor. Dazu gehören die Öffnung von Geschäften bis 800 Quadratmeter Fläche, dazu von Fahrradläden, Buchhandlungen und Autohäusern.

Die Notbetreuung in den Kitas soll ausgeweitet werden. Schulabschluss- und Hochschulprüfungen sollen über die Bühne gehen, die übrigen Schüler und Kita-Kinder sollen ab dem 4. Mai zurückkehren. Günther lobt „das vorbildliche Verhalten der allermeisten Bürgerinnen und Bürger“. Die Rückkehr zur Normalität werde aber „nicht Tage oder Wochen, sondern Monate“ dauern. Einen besonderen Dank richtet der Ministerpräsident an „alle Menschen im Gesundheitswesen, alle, die unsere Versorgung sichern und die unser Gemeinwesen am Laufen halten“.

Oppositionsführer Stegner moniert das erfolglose „Vorpreschen“ von Bildungsministerin Karin Prien (CDU) für eine Absage der Abiturprüfungen, und er kritisiert die strengen Kontrollen an der Hamburger Stadtgrenze, die das gute Verhältnis der Nord-Länder belasteten. Stegner mahnt die rasche Öffnung der Spielplätze an und fordert eine „baldige Perspektive“ für die Gastronomie. „Die Richtung stimmt“, lobt Jörg Nobis (AfD) den Kurs der Landesregierung. Die Politik handle parteiübergreifend und funktioniere gut, urteilt Lars Harms vom SSW.



Gespräch am Rande der Mai-Tagung: Ministerpräsident Daniel Günther (li.) und Oppositionsführer Ralf Stegner (2. v. re.)

7. Mai: Perspektiven für Kitas, Schulen und den Tourismus

Bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie tritt Schleswig-Holstein in eine „neue Phase“ ein. Das betont Ministerpräsident Günther vor dem Landtag und kündigt weitgehende Lockerungen in den Bereichen Kinderbetreuung, Gastronomie, Tourismus und Freizeit an.

„Wir können heute feststellen, dass wir das Infektionsgeschehen weiter im Griff haben“, sagt Günther. Zugleich mahnt er die Menschen, die neue Situation „mit Augenmaß“ anzugehen und die Hygienevorschriften und das Abstandsgebot von 1,50 Meter weiter einzuhalten. Konkret sollen die Kitas in mehreren Stufen hochgefahren werden. Ab dem 25. Mai sollen alle Klassen in den Grundschulen „zumindest tageweise“ offenstehen, und für alle Schüler soll es bis zu den Sommerferien eingeschränkter Präsenzunterricht geben. Am 18. Mai sollen Restaurants, Gaststätten, Hotels, Ferienwohnungen und Campingplätze wieder in Betrieb gehen. Die Betretungsverbote für Inseln und Halligen werden aufgehoben, und „touristische Verkehre nach Schleswig-Holstein werden wieder möglich sein“. Es gehe jetzt darum, „Verantwortung und Freiheit“ in Einklang zu bringen, so der Ministerpräsident.

Oppositionsführer Stegner weist auf die schwierige Situation vieler Menschen in Pflegeheimen hin und mahnt „Respekt für unsere Eltern und Großeltern“ an. Bei der staatlichen Unterstützung müssten jetzt das Pflegepersonal, die Erzieher und die Reinigungskräfte im Mittelpunkt stehen. In Schleswig-Holstein sei „ein guter Weg gefunden, der Raum für Optimismus ermöglicht“, betont Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben. Dennoch bleibe vieles unklar: „Die Menschen wollen einen Plan, aber wir haben keine Glaskugel.“

18. Juni: Durchatmen und Warnung vor Sorglosigkeit

„Das messbare Infektionsgeschehen ist in Schleswig-Holstein ausgesprochen gering.“ So fasst Sozialminister Heiner Garg (FDP) die aktuelle Lage zusammen. Zehn von 15 Kreisen seien seit mindestens einer Woche corona-frei. Er sei froh, dass die Menschen „nach Wochen der Angst“ wieder aufatmeten, so Garg.

Die Freude über die positive Entwicklung dürfe aber nicht in Sorglosigkeit umschlagen, warnt der Minister: „Wir leben mitten in der Pandemie, wir leben mit dem Virus.“ Ministerpräsident Günther zeigt sich zufrieden mit der Arbeit seiner Regierung: „Wir sind krisenfest. Wir haben auch in diesen Zeiten gezeigt, dass wir regieren können, dass wir dieses Land voranbringen können.“

SPD-Landeschefin Serpil Midyatli fordert mehr Engagement der Landesregierung gegen die Wirtschaftskrise. „Der Bund macht Wumms, Jamaika macht leider Rumms“, sagt sie mit Blick auf das Konjunkturprogramm des Bundes und dessen Umsetzung im Lande. Das Geld müsse auch im Kulturbereich, bei den Verkehrsbetrieben, bei den Auszubildenden und in den Familien ankommen. CDU-Fraktionschef Tobias Koch spricht dagegen von einer „bärenstarken Antwort auf die jetzige Krise“. Nun komme es darauf an, den Motor der Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen, und da gäben die verschiedenen Hilfsprogramme die richtigen Antworten: „Mehr, finde ich, kann man nicht machen, um diese Krise zu meistern.“ Koch spricht von einem „Gemeinschaftserfolg von CDU/CSU und SPD in Berlin und von CDU, Grünen und FDP in Schleswig-Holstein“.



Große Einigkeit im Grundsatz, viele Debatten über Einzelfragen: das Parlament in Corona-Zeiten

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Einschränkungen im öffentlichen Leben, wie in der Coronakrise, gab es früher schon – etwa im Schneewinter 1978/79.

1979:

Das Land steht still – wegen zu viel Schnee

Die Menschen werden aufgerufen, zu Hause zu bleiben und ihre Autos stehen zu lassen. Die Schule fällt aus, Betrieben geht die Arbeit aus, und in einigen Läden wird das Angebot knapp. So war es aktuell, während der Coronakrise, und so war es auch im Schneewinter 1978/79. So wie heute gab es damals massive Einschränkungen für jeden einzelnen, gleichzeitig eine große Solidarität untereinander, mutige Helfer und auch Störenfriede. Und ebenso wie heute schnürte die Landespolitik ein millionenschweres Hilfspaket. Der große Unterschied: Heute geht die Bedrohung von einem unsichtbaren Virus aus. Vor 41 Jahren lag die Gefahr deutlich sichtbar meterhoch vor jeder Haustür, und das monatelang.

Der 28. Dezember 1978 hatte mit Nieselregen und milden Temperaturen um die zehn Grad begonnen. Im Lauf des Nachmittags zog jedoch eiskalte Luft aus Skandinavien über die Ostsee heran, und das Thermometer fiel innerhalb weniger Stunden auf 20 Grad unter null. Auf Schleswig-Holstein gingen drei Tage lang Massen von Schnee nieder, die vom orkanartigen Wind meterhoch aufgetürmt wurden. Eine Sturmflut zerstörte Strände, Promenaden und Hafenanlagen an der Ostsee. Straßen verschwanden unter Bergen von Schnee und Eis, dutzende Autofahrer hingen fest, bei Sörup (Kreis Schleswig-Flensburg) blieb ein Regionalzug mit 70 Passagieren stecken. Armdicke Eispanzer bildeten sich um Stromleitungen, vielerorts brachen die Kabel, und Masten stürzten ein. 80 Gemeinden im Norden des Landes mussten tagelang ohne Elektrizität auskommen, und in vielen Häusern platzten

zudem die Gas-, Heizungs- und Wasserrohre. Schwangere und Kranke kamen nicht zu den Kliniken durch. In 31.000 Haushalten an der dänischen Grenze fiel das Telefon aus. Bäckereien ging das Mehl und die Hefe aus. Bauern hatten kein Futter mehr für ihr Vieh, und Milchkühe litten, weil der Strom für die Melkmaschinen fehlte.

Monatelange Einschnitte im Alltag

Alle Landkreise in Schleswig-Holstein riefen Katastrophenalarm aus und erteilten Fahrverbote. Nur in Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck durften die Autos noch rollen. Die Bundeswehr erklärte die Alarmstufe „Sturmvogel II“. Nördlich von Heide, Rendsburg, Kiel und Lübeck fuhr kein Zug mehr. Zehntausende Helfer machten sich auf, die Krise zu bewältigen.



SPD-Oppositionsführer Klaus Matthiesen

Anfang Januar 1979 hörte der Schneefall auf, aber die Temperaturen blieben im Minusbereich. Die Schleswig-Holsteiner, die inzwischen in gemeinsamen Räumaktionen Schneisen durch die Schneewüste geschlagen hatten, lebten wochenlang in einer bizarren Winterlandschaft. Kinder, deren Schulen geschlossen blieben, vertrieben sich die Zeit mit Rodeln und Iglu bauen. Mitte Februar setzten erneut Schneefall und Eiseskälte ein, und Schleswig-Holstein kehrte tagelang in den Katastrophenmodus zurück. Die Ostsee froh zu, allein in der Kieler Förde und der Kieler Bucht steckten 80 Schiffe im Eis fest. Die weiße Pracht blieb dem Land lange erhalten, in Husum schmolzen die letzten Schneehaufen am 20. Mai.

Mitten in der Tiefschneeperiode, am 30. Januar 1979, debattierte der Landtag über die Lage und die Konsequenzen für zukünftige Katastrophenfälle. Die Landespolitik dankte den zigtausenden hauptamtlichen und freiwilligen Helfern von Bundeswehr, Polizei, Straßenverwaltung, Feuerwehr, Deutschem



Blick in den Landtag, Ende der 1970er Jahre

Roten Kreuz, Arbeitersamariterbund, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfallhilfe und Technischem Hilfswerk. „Über eine Woche haben die Helferinnen und Helfer in einem harten, bis an die Grenzen der Kräfte gehenden Einsatz gestanden“, sagte Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg von der damals allein regierenden CDU in einer Regierungserklärung. „Ihre tatkräftige, uneigennützte Hilfe hat wesentlich dazu beigetragen, das Ausmaß der Not zu begrenzen und zu lindern und größere Schäden an Leib und Leben sowie Hab und Gut zu vermeiden. Sie haben unserem Land und den betroffenen Menschen unschätzbare Dienste erwiesen“, erklärte der Regierungschef unter dem Beifall des ganzen Hauses. Zu den Helden des Schneewinters gehörten etwa die Hubschrauberpiloten, die abgeschnittene Dörfer versorgten und Kranke transportierten, die Polizisten und die Panzerfahrer der Bundeswehr, die steckengebliebene Fahrzeuge freiräumten und im Konvoi in Sicherheit begleiteten, oder die Monteure des Stromversorgers SCHLESWAG, des Vorgängers der heutigen Schleswig-Holstein Netz AG. Die Elektriker kletterten bei Sturm und Eiseskälte in die Masten, um gerissene Leitungen zu flicken.

Amateurfunker und freiwillige Feuerwehr springen ein

Wie in der aktuellen Coronakrise, so taten sich auch damals zahllose freiwillige Helfer hervor. „Tugenden des Zusammenstehens in der Not, der Nachbarschaftshilfe und der

mitmenschlichen Solidarität haben in den Stunden der Gefahr über staatliche Vorsorge hinaus das Handeln bestimmt“, betonte Stoltenberg. Er habe selbst gesehen, „wie sich die Menschen gegenseitig unterstützt haben, wie sie ihre Nachbarn aufnahmen oder bereit waren, Vorräte und warme Kleidung zu teilen“. Der Regierungschef hob etwa den „Einsatz vieler engagierter Funkamateure“ hervor, die dabei halfen, Informationen in Gegenden ohne Telefon zu übermitteln. CDU-Fraktionschef Heiko Hoffmann verwies darauf, „dass beispielsweise in Angeln, als Telefonnetze zusammenbrachen, spontan Feuerwehrstafetten eingerichtet wurden, die durch das Heranschaffen von Arzneimitteln, die telefonisch nicht angefordert werden konnten, kreislaufkranke Menschen vor dem sicheren Tod retteten“. Oppositionsführer Klaus Matthiesen (SPD) strich „das Beispiel junger Leute“ heraus, „die, nach Unterbrechung der Verkehrsverbindungen, mehrstündige Fußmärsche auf sich nahmen, um zu ihrer Katastrophenschutz Einheit zu gelangen“.

Auch damals wurde, wie heute, über Zuständigkeiten gestritten. Ist es besser, wenn die Entscheidungsträger so nah wie möglich vor Ort sind, oder ist eine zentrale Leitung nötig, damit kein „Flickenteppich“ verschiedener Maßnahmen entsteht? 1979 fiel die Antwort parteiübergreifend und eindeutig aus. Trotz der teilweise unterbrochenen Kommunikation habe das Krisenmanagement im Wesentlichen funktioniert, und das habe auch an den „Vorzügen einer

dezentralen Leitung und Führung“ gelegen, erklärte Ministerpräsident Stoltenberg: „So konnten von den Kreisen, entsprechend der örtlichen Lage, die verfügbaren Kräfte optimal eingesetzt werden.“ SPD-Fraktionschef Matthiesen ergänzte: „Die Wahl örtlicher ‚Schneevögte‘ unmittelbar nach der Überwindung der Katastrophe zeigt, dass die Gemeinden nicht allein auf die Kreisinstanz angewiesen sein wollen.“

Klagen über „schaulustige“ Autofahrer

Wo Licht ist, da ist auch Schatten. Auch 1978/79 gab es Berichte über Hamsterkäufe und sprunghaft steigende Preise. Das damalige Gegenstück zu heutigen „Corona-Partys“ waren die Katastrophentouristen. „Leider hat eine Reihe von Mitbürgern trotz wiederholter Appelle die selbstverständliche Verhaltensregel verletzt, zu Hause zu bleiben“, merkte Stoltenberg an: „Insbesondere Kraftfahrer haben sich durch Befahren bereits gesperrter Straßen unnötig in Gefahr begeben, zusätzliche risikoreiche Hilfsaktionen erforderlich gemacht und die Räumarbeiten behindert.“ Der Ministerpräsident prangerte „Gedankenlosigkeit, Egoismus und Nachlässigkeit“ an. Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle den empörten Zwischenruf des CDU-Abgeordneten Fritz Latendorf: „Verdammte Neugierige!“ Auch SPD-Mann Matthiesen fand klare Worte: „Die Freiheit des Autofahrers in solchen Katastrophentagen sollte künftig da aufhören, wo sie zur Gefährdung anderer und zur Behinderung von Rettungs- und

Begrüßung per Handschlag:
Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg
(CDU, li.) und FDP-Fraktionschef
Uwe Ronneburger. Beide Politiker
waren Ehrenbürger des Landes
Schleswig-Holstein.



Räumungsmaßnahmen führt.“ Katastrophen seien „für Ausflüge von Schaulustigen aller Art nicht geeignet“.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Ronneburger zeigte sich „bestürzt“ über Aussagen aus der Spitze der Bundespost, die damals für das Telefonnetz verantwortlich war. Der Leiter des Fernmeldeamtes Flensburg habe in einem Zeitungsbericht gesagt: „Die Ausstattung der Fernmeldevermittlungen der Bundespost geht nicht vom Katastrophenfall aus.“ Es reiche aber nicht aus, so Ronneburger, nur für den „Normalfall“ zu planen. Es müsse „auch für den Ernstfall, den Katastrophenfall“ vorgesorgt werden.

Ähnlich wie in der Coronakrise wurde auch im Schneewinter die deutsch-dänische Grenze geschlossen, und zwar von der deutschen Seite aus. Die Folge: Rund 1.000 deutsche Weihnachtsturlauber, die aus ihren dänischen Ferienhäusern ausgecheckt hatten, wurden nördliche von Flensburg abgewiesen. Die dänischen Grenzgemeinden brachten die Gestrandeten in Notquartieren unter. Teile der Kopenhagener Politik reagierten verschnupft. Im Landtag sprach Karl Otto Meyer vom SSW von einer „übereilten Kurzschlussbehandlung, die vermieden worden wäre, wenn man mit den Verantwortlichen in Dänemark einen engen Kontakt gepflegt hätte“. Überhaupt, so Meyer, sei der nördliche Nachbar mit dem Schneefall besser klargekommen als die Schleswig-Holsteiner. In Dänemark

habe man es geschafft, „die Autobahn von Aalborg bis Krusaa befahrbar zu halten, während man von Kupfermühle bis Rendsburg auf der Autobahn vor den Schneemassen kapitulieren musste“. Ministerpräsident Stoltenberg widersprach. Der dänische Außenminister Henning Christophersen habe im Folketing erklärt, es sei notwendig gewesen, die Grenze zu schließen. Und er habe hinzugefügt: „Die deutschen Behörden haben getan, was sie überhaupt konnten, um die schwierige, katastrophentypische Situation so gut wie überhaupt möglich zu meistern“. Diese Beurteilung, unterstrich Stoltenberg, „stimmt voll mit unseren Feststellungen überein.“

„Elementare Gewalten“ bedrohen die moderne Welt

Die Berichterstattung der Medien bot auch 1979 Diskussionsstoff. CDU-Fraktionschef Hoffmann nahm das ARD-Magazin „Monitor“ ins Visier. Die Journalisten des WDR hatten über die angebliche Gleichgültigkeit schleswig-holsteinischer Bauern angesichts der Krise berichtet. Das sei unzutreffend und „nicht zumutbar“ gewesen, so Hoffmann. Zeitungsmeldungen in Süd- und Westdeutschland wiederum hatten potenzielle Schleswig-Holstein-Touristen vor einer Reise an Nord- und Ostsee im anstehenden Sommer gewarnt, weil die Schäden der Schneekatastrophe dann noch nicht behoben seien. Der Norden müsse „wie in den vergangenen Jahren gerüstet“ sein,

forderte Hoffmann, damit die Feriengäste „nicht mit irgendwelchen Unannehmlichkeiten von der Schneekatastrophe“ konfrontiert würden.

Um dies zu gewährleisten, brachte die Landesregierung einen Nachtragshaushalt auf den Weg, der, auch das ist eine Parallele zu heute, im Landtag einstimmig verabschiedet wurde. „Eine solche Situation“, so der Freidemokrat Ronneburger, dürfe nicht „Anlass oder Ausgangspunkt parteipolitischer Kontroversen sein“. 55,8 Millionen DM flossen in die Sanierung öffentlicher Gebäude und Straßen, in den Küstenschutz, in die Instandsetzung von Stränden, Uferbefestigungen und Wanderwegen sowie in die Ausstattung von Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz mit Räumfahrzeugen und Funkanlagen. Hinzu kamen steuerliche Vergünstigungen für Unternehmen.

Neben der staatlichen Unterstützung sei künftig aber auch „Selbsthilfe“ notwendig, hieß es im Landtag. „So muss sich jeder Bürger, vor allem der Bürger in abgelegenen Landgemeinden, darauf einstellen, einige Tage mit seinen eigenen Vorräten an Lebensmitteln oder Heizmaterial auszukommen“, stellte SPD-Fraktionschef Matthiesen klar. Sein CDU-Amtscollegen Hoffmann rief „Betriebe und Privathaushalte, bei denen das aufgrund ihrer Funktion und ihrer Lage besonders notwendig ist“, dazu auf, sich Notstromaggregate anzuschaffen.

Das heutige Schleswig-Holstein wäre auf eine Schneekatastrophe besser vorbereitet. Satelliten ermöglichen eine frühzeitige Warnung vor Extremwetter. Ein größerer Teil der Stromleitungen verläuft unterirdisch und wäre nicht vom Eis bedroht. Handynetz und Digitalfunk sind weniger anfällig als die Telefondrähte früherer Zeiten. Eine absolute Sicherheit könne es aber nicht geben, wie Ministerpräsident Stoltenberg anmerkte. Die Ereignisse hätten den Menschen „vor Augen geführt, wie anfällig unsere in Haushalt und Betrieb weitgehend technisierte Lebenswelt gegen elementare Gewalten ist. Dem weit verbreiteten Glauben an das total Machbare und die Perfektion moderner Errungenschaften auch im Kampf gegen Naturgewalten sind Grenzen aufgewiesen worden.“ Diese Sätze könnten auch aus der Zeit der Coronapandemie stammen.



Besprechung ohne Abstandsgebot (v. li.): CDU-Fraktionschef Heiko Hoffmann, Landtagspräsident Helmut Lemke, Karl Otto Meyer (SSW)

Karsten Blaas



Bilder gesucht

Der Schneewinter 1978/79 fand seinen Niederschlag in zahlreichen schleswig-holsteinischen Fotoalben (oben). Oft wurde die Idylle in der Katastrophe abgebildet. Fotos aus der Corona-Zeit (unten) zeigen Plakate mit Bitten und Hinweisen, Friseurbesuche mit Mundschutz oder Strände mit Zutrittsregeln. Forscher der Universitäten Hamburg, Bochum und Gießen haben ein digitales Corona-Album angelegt. Sie sammeln „Erlebnisse, Gedanken, Medien und Erinnerungen“, um das Jahr 2020 für die Nachwelt zu dokumentieren. **Wer etwas beisteuern möchte, findet weitere Informationen unter: www.coronarchiv.de**



Einschränkungen, Ängste und das Gefühl, ein historisches Ereignis mitzuerleben – das gab es auch vor Corona. Wir blicken auf drei weitere Ausnahmestände und auf die Reaktionen im Landtag.

Sturmflut 1962: Ein ganzes Land stemmt sich gegen die Nordsee

Die Sturmflut vom 16. und 17. Februar 1962 griff die Deiche an der Westküste und entlang der Elbe an und drang bis in die Nebenflüsse vor. Hilfe kam aus allen Richtungen.

Der Nordwestorkan beschädigte 150 Kilometer Deichlinie an der Nordsee. Auf den Halligen liefen die Keller voll, so dass die Lebensmittelvorräte verderben und das Trinkwasser knapp wurde. Auf dem Festland wurden 10.000 Menschen evakuiert und vom Roten Kreuz beherbergt. Die Elbdeiche hielten den Wassermassen stand, aber die Flut drang über die Stör, die Krückau und die Pinnau bis nach Itzehoe, Elmshorn und Uetersen vor. Dort standen die Innenstädte unter Wasser, und die Klärwerke fielen aus. Der Ausbruch von Seuchen drohte. Letztlich überstand Schleswig-Holstein die Katastrophe aber ohne Todesopfer.

Im Landtag berichtete Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (CDU) am 12. März. Er sei auf einer Abendveranstaltung in Meldorf gewesen, als ihn die Alarmmeldung erreichte, so von Hassel. Eine direkte Verbindung ins Landeshaus sei zunächst „infolge der Überlastung des zuständigen Fernsprechamtes“ nicht zustande gekommen. Erst die Fahrt in die Polizeiinspektion Meldorf, wo es einen direkten Draht nach Kiel gab, ermöglichte es dem Regierungschef, Katastrophenalarm für die Westküste auszurufen und die Zufahrtsstraßen zu sperren – auch „für Zuschauer, die sich in dieser Nacht bereits störend bemerkbar machten“.



Kämpfte erst mit dem Telefonnetz und dann mit der Sturmflut: Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel

Während die Helfer „bis zur physischen Erschöpfung unter großer eigener Gefahr“ die Deiche zu halten versuchten, lief im Hinterland die Hilfskette an. Die Deutsche Erdöl AG (DEA) und viele andere Firmen stellten Pumpen und Personal zur Verfügung, um vollgelaufene Keller trocken zu legen. Die Behörden an der Ostseeküste, in anderen Bundesländern und in Dänemark lieferten hunderttausende Sandsäcke ins Katastrophengebiet. In den folgenden Tagen durchstreiften tausende freiwillige Helfer Schleswig-Holsteins Wälder, um Pfähle zu sammeln und Reisigbündel zu knüpfen – als Füllmaterial für die geschundenen Deiche. Der Autoverkehr Richtung Süden staute sich währenddessen vor der Elbbrücke in Lauenburg, denn die Route über Hamburg fiel aus. Dort kostete die Sturmflut 315 Menschen das Leben. „Wieder einmal haben wir erfahren müssen, dass die Natur den Menschen, so fortschrittlich er sich auch gebärdet, noch immer in seine Schranken gewiesen hat“, so Ministerpräsident von Hassel.

Ölkrise 1973: Die Autos müssen in der Garage bleiben

Im Herbst 1973 verschärfte der Nahostkonflikt den wirtschaftlichen Abschwung in Europa. Eine Folge: Deutschlands Autofahrer mussten ihre Wagen stehenlassen.

Am 6. Oktober 1973 griffen Ägypten und Syrien die Sinai-Halbinsel und die Golanhöhen an, die von Israel besetzt waren. Der Westen unterstützte den jüdischen Staat, im Gegenzug drosselten arabische Länder ihre Ölproduktion. Der Preis für Rohöl verdoppelte sich binnen weniger Tage. Das feuerte den wirtschaftlichen Abwärtstrend in der Bundesrepublik an. In Schleswig-Holstein stieg die Arbeitslosenquote auf den damals beunruhigenden Wert von 1,7 Prozent. Als Gegenmaßnahme setzte die Bundesregierung auf Energiesparen. Für ein halbes Jahr galt auf Deutschlands Autobahnen Tempo 100, auf Landstraßen Tempo 80. Ab dem 25. November herrschte zudem an vier Sonntagen ein allgemeines Fahrverbot.



Tipps für Autofahrer: Die ADAC-Straßenwacht erklärte im Herbst 1973 in Kiel, wie man Benzin spart.

Im Landtag gab es am 4. Dezember breite Unterstützung für diesen Schritt. „Begrenzte, aber wirksame Eingriffe wie das Sonntagsfahrverbot und Geschwindigkeitsregelungen sind unvermeidlich“, erklärte Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU): „Wir müssen gemeinsam mit der Bundesregierung unsere Mitbürger um Verständnis für die lästigen aber notwendigen Einschränkungen bitten, so unangenehm sie für den einzelnen sind. Es sind nicht die größten Sorgen, die wir im Zusammenhang mit der Energie- und Konjunkturlage haben.“ Auch Oppositionsführer Klaus Matthiesen (SPD) stellte klar: „Die Zeiten billiger und billigster Energie sind leider vorbei.“ Der SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer sah die Zwangspause für Pkw sogar als Zukunftsmodell: „Es ist nicht einzusehen, dass hunderttausende einzelne Personen durch die Innenstädte kurven, wenn der Verkehrsbedarf hier durch öffentliche Massenverkehrsmittel gedeckt werden kann. Man sollte die Möglichkeiten zur Einrichtung autofreier Zonen in den Innenstädten ernstlich erwägen.“

Die Vorhersage des CDU-Abgeordneten Roger Asmussen, „Sonntagsfahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen werden sicherlich noch auf absehbare Zeit fortgesetzt werden müssen“, erfüllte sich nicht. Aber die deutsche Energiepolitik konzentrierte sich fortan aufs Sparen und auf die Versorgungssicherheit. In der Folge wurde der Bau von Atomkraftwerken vorangetrieben, heimische Ölquellen wurden angezapft, und seit März 1980 wird die Uhr zur energiesparenden Sommerzeit vorgestellt.

Tschernobyl 1986: Furcht vor Strahlung in Milch und Gemüse

Am 26. April 1986 kam es zu einer Explosion und einem Brand im sowjetischen Kernreaktor Tschernobyl. In Deutschland herrschte wochenlang Angst vor Radioaktivität in der Luft und in der Nahrung.

Die Nachricht von der Reaktorkatastrophe hinter dem Eisernen Vorhang und der nuklearen Wolke über Europa sickerte nur langsam in den Westen durch. Die CDU/FDP-Bundesregierung

versuchte zu beschwichtigen: Die Bevölkerung sei nicht gefährdet. Das bezweifelte die schleswig-holsteinische SPD in einer vierstündigen Landtagsdebatte am 28. Mai.

Bonn verfare nach dem Motto „Wir wissen nichts, aber es besteht keine Gefahr“, schimpfte die Sozialdemokratin Ruth Springer. Ihr Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer Björn Engholm ergänzte, wenige Tage nach den beruhigenden Tönen aus dem Bundesinnenministerium „durften dann plötzlich Kühe nicht mehr auf die Weiden, wurden Kinder gewarnt, den Regen zu meiden und nicht in Sandkisten zu spielen, wurden Sportplätze gesperrt, Grenzwerte für Milch und Freilandgemüse gesetzt, und das alles auch noch unterschiedlich zwischen den Bundesländern und dem Bund“. Sozialministerin Ursula Gräfin Brockdorff (CDU) riet zur Gelassenheit: „Schleswig-Holstein war im Vergleich zu anderen Teilen der Bundesrepublik relativ gering belastet.“ Dabei müsse berücksichtigt werden, dass im Norden eine niedrige radioaktive Grundstrahlung herrsche: „Selbst als die Werte gestiegen waren, lagen sie noch unter den natürlichen ständigen Werten in Ostbayern oder in Garmisch-Partenkirchen.“

Emotional wurde die Debatte, als die SPD-Abgeordnete Maria Lindenmeier Tüten mit Milchpulver auf die Tische von Sozialministerin Gräfin Brockdorff und Landwirtschaftsminister Günter Flessner (CDU) legte. Sie habe den Ersatzstoff für Kuhmilch „wie viele andere Frauen“ gekauft, „um für meine Tochter, die ein Baby erwartet, und für meine Enkelkinder Milch zu haben, die frei von Strahlenbelastung ist“, erläuterte Lindenmeier. „Effekthascherei“, protestierte Karl-Heinz Stegemann (CDU). Und die Unionsabgeordnete Anke Gravert wies darauf hin, dass Schleswig-Holsteins Bauern ihr Vieh bewusst später auf die Weiden getrieben hätten, um einen Kontakt mit dem nuklearen Fallout zu vermeiden: „Die schleswig-holsteinischen Landwirte haben im Dienst der allgemeinen Gesundheit besondere Opfer gebracht, und sie verdienen hierfür unseren Dank und unsere Anerkennung!“

Die Tschernobyl-Katastrophe heizte die Debatte um die Atomkraft auch in der Folgezeit an – bis zum Atomausstieg nach der Katastrophe in Fukushima 2011.



Disput um Milchpulver: Sozialministerin Ursula Gräfin Brockdorff (CDU, li.) und die SPD-Abgeordnete Maria Lindenmeier

Im Home-Office wird die „Telko“ wichtig

In Zeiten von Corona entfielen viele Sitzungen im Landeshaus, und die meisten Abgeordneten arbeiteten von zu Hause aus. Wie fühlt sich das an? Im April berichteten Abgeordnete aus dem Home-Office. Ein wichtiges Instrument und ein Wort, das mit Corona in den Sprachgebrauch gerückt ist, lautet „Telko“ – die Telefonkonferenz.



Lukas Kilian (CDU)

„Wir machen als Fraktion jeden Tag um 17 Uhr eine Telko. Deswegen ist man jeden Tag hervorragend über die aktuelle Sachlage informiert. Großer Vorteil: Weil die ganzen Fahrten nach Kiel wegfallen, gewinnt man auch Arbeitszeit. Ich finde, dass die Digitalisierung der Gewinner ist, wenn es um die Arbeit miteinander geht. Ich hoffe, dass man das eine oder andere, das man während Corona gelernt oder angewendet hat, nach der Krise weiterhin nutzt.“

In der Gesellschaft nehme ich ganz massive Ängste wahr. Ich bin wirtschaftspolitischer Sprecher und habe viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Telefon. Sie sorgen sich um den Arbeitsmarkt und die Arbeitsplatzsituation. Systemrelevante Berufe müssen besser bezahlt werden. Es sollte nach der Krise ein gesundheitspolitischer Kurswechsel in Deutschland und der EU erfolgen. Medizinprodukte sollten vermehrt in Deutschland und Europa produziert werden, damit wir nicht von den Globalmärkten abhängig sind.“



Birgit Herdejürgen (SPD)

„Wir haben uns reduziert und vertreten uns gegenseitig, sodass wir bei Angelegenheiten, die nicht im Umlaufverfahren, also via Telko oder per Mail, erledigt werden können, mit weniger Leuten zurecht kommen. Da wir ohnehin oft von zu Hause aus arbeiten, ist die Umstellung nicht allzu groß, und die Abläufe funktionieren. Vor allem der Austausch mit dem Landrat im Wahlkreis Itzehoe geht recht zügig und schnell. Wir erledigen viel übers Telefon mit der Fraktion und haben täglich mehrere Telefonkonferenzen. Alles in allem funktioniert die Arbeit weiterhin gut.“

Ich bin sehr froh, dass die Menschen in Itzehoe die Maßnahmen einhalten. Die Leute sind entspannt und fröhlich. In der Fußgängerzone ist es ohne Menschen jedoch schon bedrückend. Ich glaube aber die wichtigste Nachricht ist: Es geht nicht darum, dass jeder Einzelne persönlich bedroht ist. Es geht darum, Risikogruppen zu schützen und die Ausbreitung so weit zu verlangsamen, dass die Krankenhäuser den Ansturm bewältigen können.“



Jan Marcus Rossa (FDP)

„Mir geht es gut, die Arbeit ist nicht weniger geworden. Ich fange morgens um 8 Uhr an und bin in der Regel nicht vor 21 Uhr fertig. Es wird oft spät am Abend, weil ich viele Anfragen zum Thema Kurzarbeit beantworte. Die Inhalte überschneiden sich oft mit meiner Tätigkeit als Anwalt. Technisch haben wir alles im Griff und tauschen uns in Telkos intensiver aus als im regulären Alltag. Die größte Sorge ist die, wie lange die besondere Situation anhält und ob wir in der Lage sind, eine Strategie zu entwickeln, um mit diesem Virus klarzukommen. Die Unsicherheit ist die Ursache für die größten Sorgen.“

Lasse Petersdotter (Grüne)

„Mir geht es im Home-Office erstaunlich gut. Ich konnte vieles digital erledigen. Als Finanzpolitiker kann man ohnehin viel vom Schreibtisch aus arbeiten. Dennoch fehlen mir die Kolleginnen und Kollegen sowie die Termine im Land. Wir haben uns vom ersten Tag an immer in einer Videokonferenz getroffen. Das klappt super. Das Positive ist, dass wir als Gesellschaft merken, dass wir krisenfähig sind. Auch wenn das bedeutet, sich schnell auf veränderte Arbeitsbedingungen einlassen zu müssen.“

Man macht sich um das eigene Umfeld Sorgen, das als Risikogruppe gilt. Natürlich mache ich mir, wie alle anderen, auch Sorgen um meine Eltern. Meine Mutter gehört durch ihr Alter einer Risikogruppe an und arbeitet in einem systemrelevanten Beruf. Da ist sie doppelter Belastung ausgesetzt. Risikogruppen zu schützen, muss das Wichtigste sein.“



Frank Brodehl (AfD)

„Mir geht es im Home-Office nicht so gut. Mir fehlt der persönliche Kontakt zu meinen Mitarbeitern. Formal läuft alles ohne große Schwierigkeiten. Auch, wenn wir einmal den Telko-Anbieter wechseln mussten, da es mit der Verbindung Probleme gab. Die Coronakrise überschattet gerade alles andere. Darum bekommen viele Themen nicht die Aufmerksamkeit, die sie bekommen sollten. Ein Beispiel ist die Schulraum-Not. Da sind wir gerade dran.“

Ich bekomme E-Mails von Bürgern, die sich fragen, ob die Maßnahmen verhältnismäßig sind. Ich finde es bemerkenswert, dass so wenig offen diskutiert wird. Die Versammlungsfreiheit wird eingeschränkt, und es wird nicht kritisch hinterfragt, ob die Einschränkungen gerechtfertigt sind. Das macht mir Sorgen. Klar ist eine Situation wie in Ungarn ein Worst-Case-Szenario: Die Regierung kann ohne Parlament und ohne zeitliche Einschränkung weiterregieren. Länder wie Schweden hingegen zeigen auf positive Weise, dass es anders geht.“



Jette Waldinger-Thiering (SSW)

„Mir fehlt es, mit den Menschen und Kollegen zusammen zu sein. Wir beim SSW führen Videokonferenzen durch. Ansonsten nutzen die Menschen Messenger-Dienste und Social Media und wissen sich zu helfen, was die Kommunikation angeht. Ein Highlight: Wir konnten zwei gestrandete junge Menschen aus Malaysia zurückholen. Über persönliche Kontakte zum Auswärtigen Amt galt es, den Ball hin und her zu spielen, bis es dann endlich klappte und die beiden es über London nach Schleswig-Holstein geschafft haben.“

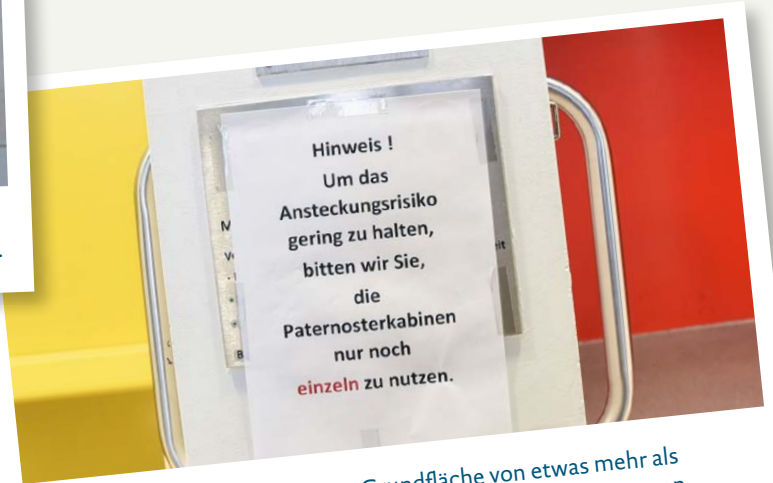
Ich bin in engem Kontakt mit Kleinbetrieben. Sie haben Angst, wie es weitergeht. Es gibt zwar finanzielle Unterstützung für den Moment. Aber keiner kann derzeit beantworten, was geschieht, wenn die Krise vorbei ist. Privat habe ich Respekt vor der Situation und natürlich beunruhigen einen die Fakten und Bilder, mit denen man überhäuft wird. Ich halte Kontakt mit meinen Enkelkindern per Facetime. Ich schicke ihnen kleine Päckchen und bekomme selbstgemalte Bilder von ihnen zurück.“



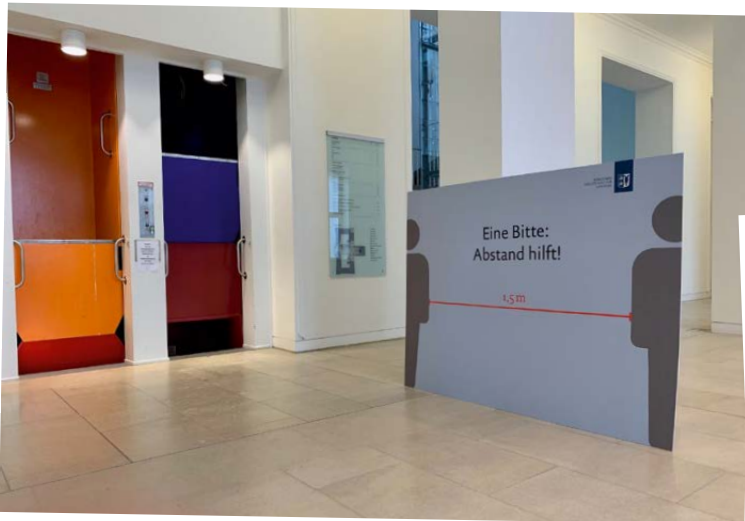
Corona-Spuren:



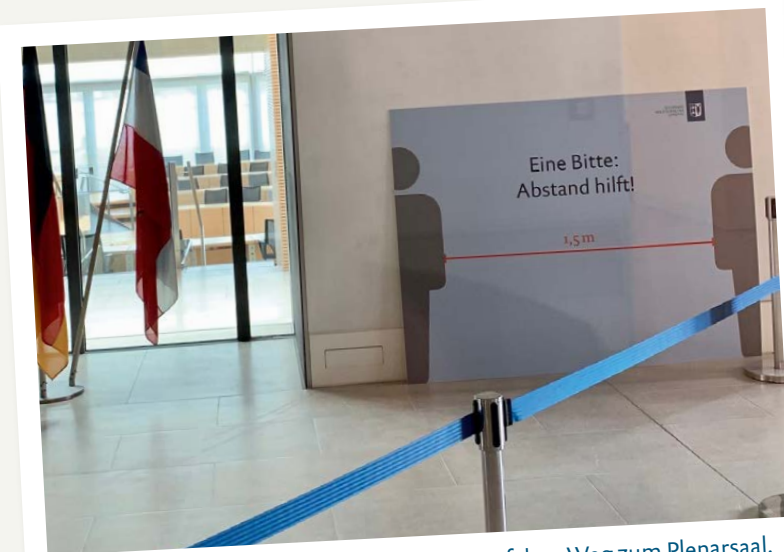
Ende März verhängte der Landtag ein Betretungsverbot für Personen, die sich in den vorherigen 14 Tagen in einem Corona-Risikogebiet aufgehalten hatten.



Die Paternosterkabinen mit einer Grundfläche von etwas mehr als einem Quadratmeter bieten üblicherweise Platz für zwei Personen – außer in Corona-Zeiten.



Bitte um Abstandhalten in der Eingangshalle

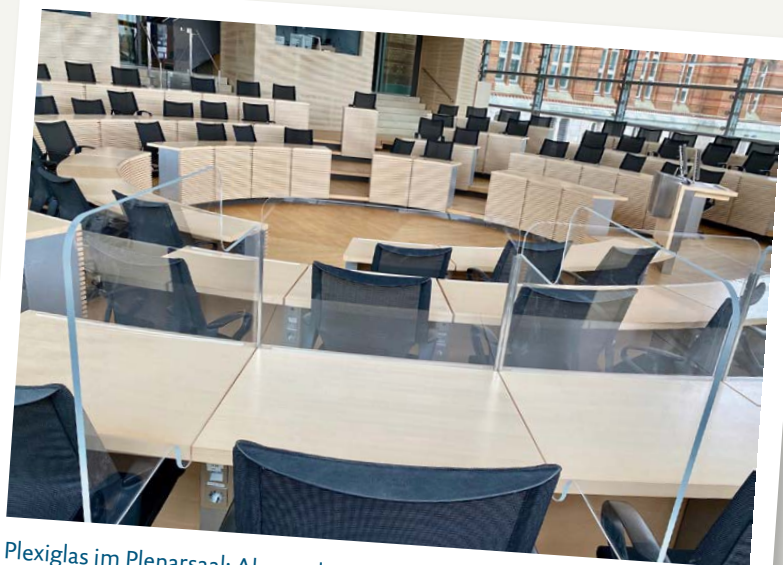


Die Vorgaben gelten auch für Abgeordnete auf dem Weg zum Plenarsaal.



Die Plenarsitzung wird in die Cafeteria übertragen. Dort stehen deutlich weniger Plätze zur Verfügung als in normalen Zeiten.

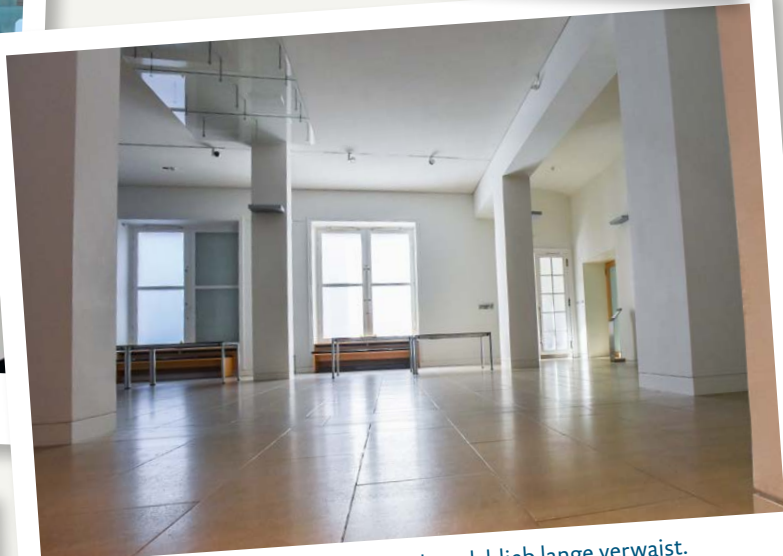
Ein Rundgang durchs Landeshaus



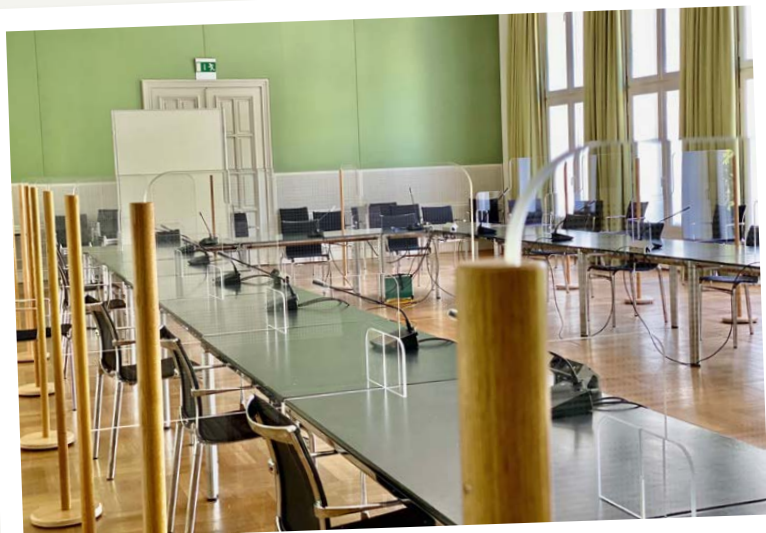
Plexiglas im Plenarsaal: Abgeordnete verfolgen die Sitzung aus eigenen, kleinen Kabinen.



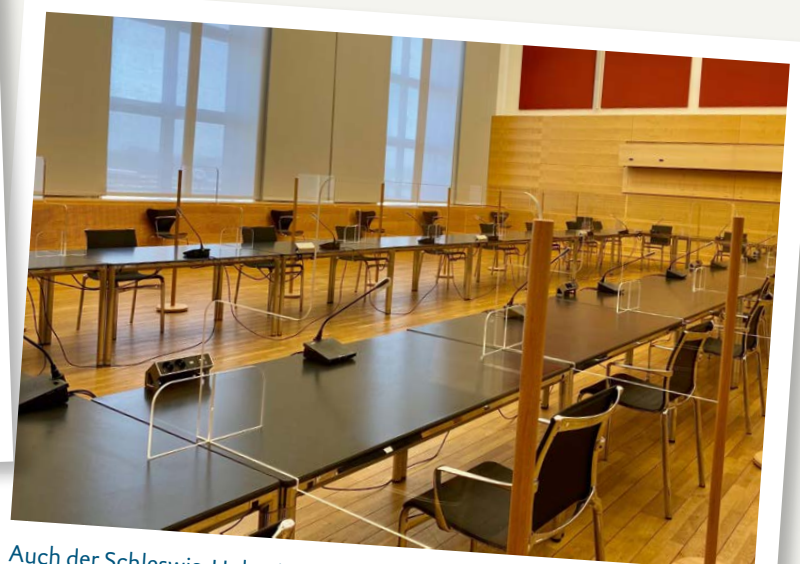
Das Rednerpult wird mit Wänden aus Acrylglas abgeschirmt.



Die Ausstellungsfläche im ersten Stockwerk blieb lange verwaist.



Ausschusssitzungen wurden in den ersten Corona-Wochen per Telefonkonferenz abgehalten. Inzwischen ist im Konferenzsaal eine Sitzung unter Einhaltung der Hygieneregeln möglich.



Auch der Schleswig-Holstein-Saal wurde mit Trennwänden aus Acrylglas ausgestattet.

Zweiter Nachtrag: Corona-Hilfe steigt auf eine Milliarde

Der Landtag hat im Mai den zweiten Nachtragshaushalt in diesem Jahr beschlossen und damit die Corona-Landeshilfe auf eine Milliarde Euro verdoppelt. Neben den Jamaika-Fraktionen stimmten auch die oppositionellen SPD und SSW dem Zahlenwerk zu. Sie sicherten damit die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Die AfD enthielt sich.

Mit den neuen Schulden bricht das Land die in der Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse. Dies ist „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen“ möglich, wenn zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen. 300 Millionen Euro sind für den Mittelstandssicherungsfonds für Tourismus- und Gastronomiebetriebe vorgesehen, 150 Millionen für Unternehmen mit mehr als zehn und bis zu 50 Beschäftigten. 80 Millionen Euro gehen an Kultur-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Natur- und Umweltschutz, Sport und Digitalisierungsprojekte. Millionenbeträge fließen auch an Kommunen, Schulen und Pflegekräfte. 105 Millionen Euro sind geplant für die Entlastung von Eltern durch die Übernahme von Beiträgen für Kita- und Ganztagsbetreuung durch das Land. Und: Mit einem Bonus in Höhe von 1.500 Euro sollen Pflegekräfte unterstützt werden. Weitere Posten sind die Stärkung der Gesundheitsämter und Hilfen

für das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH). Das Land nehme seine Verantwortung wahr, unterstrich Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). „Wir wissen nicht, ob die Summe reicht“, so die Ministerin. „Aber wir sind handlungsfähig.“ Die SPD hatte zuvor im Finanzausschuss eine Reihe von eigenen Vorschlägen unterbreitet, die letztlich im Nachtrag landeten. Vor diesem Hintergrund stellten die Sozialdemokraten die Zwei-Drittel-Mehrheit sicher. Zu den SPD-Anträgen zählte etwa der dritte beitragsfreie Kita-Monat, 25 Millionen Euro für die Ganztagsbetreuung an Schulen, 15 Millionen für digitales Lernen sowie Zuschüsse für Künstler und Schausteller. Die SPD trage damit die „gemeinsame Verantwortung für die notwen-

digen Maßnahmen mit“, so die Finanzpolitikerin Beate Raudies: „Besondere Zeiten bedürfen besonderer Herangehensweisen.“ 300 Millionen Euro zahlt das Land als Darlehen aus. Diese Summe soll dem Landeshaushalt später wieder zufließen. 700 Millionen Euro sind Zuschüsse, die über Schulden finanziert werden. Zugleich wurde festgelegt, dass die neuen Schulden innerhalb von maximal 20 Jahren ab 2023 zurückgezahlt werden sollen. Die jährlichen Raten sollen jeweils mindestens 35 Millionen Euro betragen.

Zum ersten Nachtrag im März: siehe Landtagszeitschrift Nr. 01/2020. Mehr zur Finanzsituation des Landes nach der Mai-Steuerschätzung: Seite 23



Finanzministerin Monika Heinold (Grüne): „Wir helfen, wo geholfen werden muss.“



SPD-Haushaltsexpertin Beate Raudies: „Wir nutzen selbstverständlich unsere Einflussmöglichkeiten.“

Sonderregelungen für Schulen, Unis und Kitas



Anfang Mai begrüßen Lehrerinnen die Viertklässler erstmals wieder in der Grundschule Aukrug (Kreis Rendsburg-Eckernförde).

Der Landtag hat im Mai insgesamt 29 Gesetze vorübergehend geändert, um das Bildungssystem auf die Corona-Herausforderungen einzustellen.

Schulen können in diesem Schuljahr die Abschlussprüfungen und die Übergänge auf andere Schularten flexibler gestalten als sonst. Der Lehrbetrieb, die Prüfungen und die Gremiensitzungen der Hochschulen können auch digital ablaufen. Studenten, die wegen Corona im Sommersemester 2020 ihre Prüfungen oder Seminare nicht ableisten können, sollen auf Antrag einen Aufschub erhalten. Und die Kita-Reform wurde auf den Januar 2021 verschoben. Der Beitragsdeckel für Eltern und

die Geschwister-Ermäßigung sollen allerdings, wie geplant, bereits zum 1. August kommen. Bildungsministerin Karien Prien (CDU) wies darauf hin, dass Schleswig-Holstein „als erstes Bundesland einen Phasenplan zum Wiedereinstieg in den Schulbetrieb vorgestellt“ habe. Nach den Osterferien begannen die Abschlussprüfungen, Anfang Mai starteten die 4. und 6. Klassen, und ab Ende Mai gab es ein reduziertes Präsenz-Angebot für alle Schüler. Der Gesetzentwurf aus dem Bildungsministerium wurde einstimmig verabschiedet.

Mehr zum „Lernsommer“ in den Schulen: Seite 24

Kontrollen an der Hamburger Stadtgrenze bleiben umstritten

Im Zuge der Corona-Pandemie gingen die Schlagbäume runter – an der Grenze zu Dänemark, aber auch zu anderen Bundesländern. Anfang Mai waren sich die Abgeordneten einig in ihrem Appell an Berlin und Kopenhagen, die deutsch-dänische Grenze rasch wieder zu öffnen. Umstritten blieb aber, ob die Einreisebeschränkungen für Hamburger notwendig waren.

Die Landesregierung sei „leider über das Ziel hinausgeschossen“, kritisierte Regina Poersch (SPD). Die Fahrradkontrollen an der Stadtgrenze seien „überzogen“ gewesen. Nun müsse es darum gehen, „dieses zerschlagene Porzellan zu kitten“. Christopher Vogt (FDP) sah das ähnlich: „Ich war auch nicht der Meinung, dass man jetzt unbedingt einzelne Jogger und Radfahrer zurückweisen muss.“ Auf die beengte Wohnsituation vieler Menschen in Hamburg verwies Burkhard Peters (Grüne). Habe Schleswig-Holstein da nicht „die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den Hamburgerinnen und Hamburgern etwas von dem abzugeben, was wir reichlich besitzen: freie Fläche für einen Tagesausflug, um Körper und Geist wieder ins Lot zu bringen?“, fragte Peters. Auch Claus Schaffer (AfD) monierte die „eingeschränkten Grundrechte“ und forderte das Prinzip „so viel Lockerung wie möglich, so viel Einschränkung wie nötig“.

Berichte über aggressive „Rudel“

Demgegenüber berichtete Jörg Hansen (FDP) von Gesprächen mit Polizisten, die an der Hamburger Stadtgrenze Dienst hatten. Diese hätten von „Rudeln“ von Menschen erzählt, die aggressiv gegenüber den Beamten aufgetreten seien. „Deswegen mussten wir in der Anfangsphase die Kontrollen verschärfen“, so Hansen.



Wer Ende März auf der Autobahn Richtung Norden fuhr, der wurde deutlich auf das schleswig-holsteinische Einreiseverbot für Feriengäste hingewiesen. Viele Hamburger waren davon nicht begeistert.

Auch für Jette Waldinger-Thiering (SSW) waren die Kontrollen „zunächst angemessene und auch geeignete Maßnahmen“. Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) stellte klar: „Das konsequente Handeln war notwendig, um einen exponentiellen Anstieg der Infektionen wirksam zu bremsen.“ Auf eine baldige Normalisierung hoffte der Christdemokrat Tim Brockmann: „Wir freuen uns darüber, wenn Touristen und Nachbarn, ob aus Hamburg, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern, aber auch aus anderen Bundesländern, ab dem 18. Mai wieder in unser schönes Bundesland kommen.“

Solidarität mit Flüchtlingen in Griechenland

Angehts der dramatischen Lage in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Ägäis-Inseln ist Schleswig-Holstein bereit, weitere Schwangere, Alleinerziehende, Behinderte, Kranke und unbegleitete Minderjährige aufzunehmen. Dieses Signal sendete eine breite Mehrheit im Mai an Bund und EU. Die Situation sei wegen der Corona-Gefahr in den überfüllten und unhygienischen Lagern besonders dramatisch.

„Auf den griechischen Inseln mangelt es an allem: Wasser, Seife, Nahrung“, stellte Serpil Midyatli fest, deren SPD-Fraktion die Debatte angestoßen hatte. Das Votum sei eine „willkommene Unterstützung unserer humanen und integrationsorientierten Flüchtlingspolitik“, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Schleswig-Holstein sei bereit, 25 bis 30 Minderjährige von der Insel Lesbos aufzunehmen. Claus Schaffer (AfD) lehnte das ab. Der beste Weg sei „zügige und umfassende Hilfe vor Ort“.

„Freihändige“ Aufträge an heimische Firmen

Um die regionale Wirtschaft in der Corona-Krise zu stützen, sollen Land und Kommunen öffentliche Vergabeverfahren „entbürokratisieren“ und mehr Aufträge „freihändig“ vergeben. Die entsprechenden Möglichkeiten des Vergaberechts sollen in diesem Jahr verstärkt genutzt werden. Diesen Appell beschloss der Landtag im Mai einstimmig. Grundlage war ein Antrag der Jamaika-Fraktionen.

„Durch die regionale freihändige Vergabe kann der Mittelstand durch Aufträge gestärkt und abgesichert werden“, heißt es in dem Papier. Dies soll insbesondere für Aufträge gelten, deren Volumen unterhalb der Schwellenwerte liegen, die eine EU-weite Ausschreibung erforderlich machen. „Gerade in einer Zeit, in der die private Nachfrage stagniert, sollte das Land Schleswig-Holstein als verlässlicher Vertragspartner für den Mittelstand auftreten und Aufträge vergeben.“



Sorgenkind 1: die Schlachthöfe. Im Mai stoppte ein Betrieb in Bad Bramstedt zwischenzeitlich die Produktion, nachdem bei 51 Mitarbeitern eine Infektion mit dem Coronavirus festgestellt wurde. Darunter waren 49 Arbeiter, die in einer Unterkunft in Kellinghusen lebten und über einen Subunternehmer angestellt waren.

Schlachthöfe: Was hilft gegen „Lohnsklaverei?“

Harte Arbeit, schlechte Bezahlung, miserable Unterkünfte: Die Arbeitsbedingungen in einigen der rund 50 Schlachthöfe im Land sorgten schon vor Corona für Diskussionsstoff. Mit der Pandemie wurden mehrere Sammelunterkünfte für ausländische Mitarbeiter zum Virus-Hotspot. Um die Lage für die überwiegend osteuropäischen Arbeitnehmer zu verbessern, setzt die SPD auf ein Bündel an Maßnahmen. So wollen die Sozialdemokraten Werkverträge mit Subunternehmern abschaffen. Bei diesen Verträgen arbeiten die Beschäftigten zwar voll im Betrieb mit, haben aber oft weniger Rechte und werden schlechter bezahlt.

Auch die Koalition sieht Handlungsbedarf. CDU, Grüne und FDP streben schärfere Gesetze an, etwa beim Mindestlohn oder der Arbeitszeiterfassung.

SPD-Fraktionschef Ralf Stegner sprach von „Lohnsklaverei im 21. Jahrhundert“. Für Arbeitskräfte aus Ländern wie Rumänien werde Deutschland zur „Dumpinghölle“, in der der Mindestlohn durch massenhafte, unbezahlte Überstunden unterlaufen werde. Werkverträge würden benutzt, um Löhne systematisch zu drücken, so Stegner. Er stellte sich hinter das „Arbeitsschutzprogramm für die Fleischwirtschaft“ von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), der Werkverträge in der Schlachtbranche ab Januar 2021 weitgehend verbieten will. Ursprünglich seien Werkverträge als „ergänzendes Mittel“ eingeführt worden, um Spitzenbelastungen abzufedern, merkte Jette Waldinger-Thiering (SSW) an. Tatsächlich seien aber bis zu 80 Prozent aller Arbeitnehmer in der Fleischbranche bei Subunternehmern beschäftigt.

Kay Richert (FDP) rief dazu auf, „sachlich“ zu bleiben und „nicht mit Vorurteilen, Ängsten und Ressentiments zu arbeiten“. Die meisten Betriebe zahlten mehr als den Mindestlohn und stellten gute Unterkünfte zur Verfügung. Das sah Volker Schnurrbusch (AfD) ähnlich.

Falls es keine Werkverträge mehr gebe, würde ein Großteil der Branche nach Osteuropa abwandern, so Schnurrbusch, denn es sei schwer, auf dem deutschen Arbeitsmarkt entsprechende Fachkräfte zu finden.

Einzelne Großunternehmen nutzten Gesetzeslücken aus, sagte Sozialminister Heiner Garg (FDP), „um deutsches Arbeitsschutzrecht systematisch zu umgehen und damit die Arbeitskosten niedrig zu halten“. Um diese „massive Wettbewerbsverzerrung“ zu beseitigen, habe er das Thema bereits im vergangenen November in die Arbeits- und Sozialministerkonferenz eingebracht. Ergebnis sei eine einstimmige Aufforderung aller 16 Landesregierungen an den Bund gewesen. „Es gibt kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit“, so Garg. Er forderte regelmäßige Kontrollen in den Betrieben und Unterkünften: „Werkvertragsarbeitnehmer sollen unter den gleichen Bedingungen arbeiten wie die Stammbeschaft.“

Joschka Knuth (Grüne) forderte, die Arbeitszeit künftig manipulationssicher zu erfassen. Werkvertragsarbeiter sollten „Teil der Betriebsversammlung werden können“. Die „finanzielle Ausbeutung“ der Arbeitnehmer prangerte Werner Kalinka (CDU) an. Die Miet- und Ausbildungskosten dürften nicht mit dem Lohn verrechnet werden, und es dürfe „kein Ausnutzen fehlender Kenntnisse in Sprache und Recht“ geben.

Mehr als 600 Millionen Euro für die Wirtschaft

Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist nach Ansicht des Landtages bisher vergleichsweise gut durch die Corona-Krise gekommen. Bis zur Juni-Sitzung seien aus Bundes- und Landesmitteln „über 620 Millionen Euro an Liquiditätshilfen in die Unternehmen des Landes“ gegeben worden, teilte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) mit. Lob für die Regierungsarbeit gab es auch aus der Opposition. Und es herrschte Einigkeit, wo der Schuh am meisten drückt: im Gastgewerbe und im Schiffbau.

394 Millionen Euro aus Bundesmitteln seien ins Land geflossen, berichtete Buchholz. Hinzu kämen „fast 220 Millionen Euro aus Landesmitteln in Darlehen und in Zuschussprogramme für Unternehmen mit zehn bis 50 Beschäftigten“. Für ein Land wie Schleswig-Holstein, „das mit seiner Wirtschaftskraft nun wirklich nicht zu den größten der Republik gehört“, sei das eine „große Leistung“.

Zuvor hatte die Landesregierung ein weiteres Maßnahmenpaket in Höhe von 354 Millionen Euro angekündigt, um die Wirtschaft anzukurbeln und den Kommunen zu helfen. Dafür will Jamaika neue Schulden von mehreren hundert Millionen Euro aufnehmen, die im Herbst in einem weiteren Nachtragshaushalt enthalten sein sollen. Die Koalition bräuchte dafür erneut Unterstützung aus der Opposition, um die in der Verfassung vorgeschriebene Zwei-Drittel-Mehrheit zu erreichen. Oppositionsführer Ralf Stegner ließ die Bereitschaft seiner SPD-Fraktion zur Zustimmung erkennen, wenn die Richtung des Hilfspaketes stimme.

Sozialdemokraten, CDU, Grüne und FDP forderten Bund und Land zudem auf, geplante Aufträge für Behörden-, Forschungs- und

Marineschiffe vorzuziehen, um die Werftenbranche zu stützen. Beim Blick auf Hotels und Gastronomie äußerte Minister Buchholz sich zuversichtlich. Die Branche habe an Nord- und Ostsee angesichts guter Buchungslagen für den Sommer aktuell weniger Anlass zur Sorge.

Umso mehr sei die Gastronomie im Binnenland betroffen, sagte Buchholz, weil große Veranstaltungen derzeit ausfallen müssen. „Lassen sie es in diesem Jahr nicht zu einem Sterben der schleswig-holsteinischen Landgasthöfe kommen“, appellierte Buchholz. Joschka Knuth (Grüne) warb dafür, bei regionalen Anbietern und jungen Unternehmern einzukaufen. Das sah auch Kukas Kilian (CDU) so: „Überlegen Sie sich bei der nächsten Bestellung im Internet, ob Sie die Ein-Klick-Bestellung brauchen oder ob Sie im Buchladen um die Ecke ein Buch kaufen.“

Scharfe Kritik übte der Landtag an Subventionsbetrü gern, die Hilfgelder ohne Anspruch abgreifen. Lars Harms (SSW) nannte dies „extrem unsolidarisch“. Dagegen müsse „mit aller Härte“ vorgegangen werden. Kay Richert (FDP) wies darauf hin, dass viele Betriebe dieses Jahr nicht ausbildeten. Die Zahl der Verträge sei um acht Prozent zurückgegangen. Volker Schnurrbusch (AfD) forderte, die Unternehmen „von den „staatlichen Fesseln“ zu befreien, unter denen sie derzeit litten.

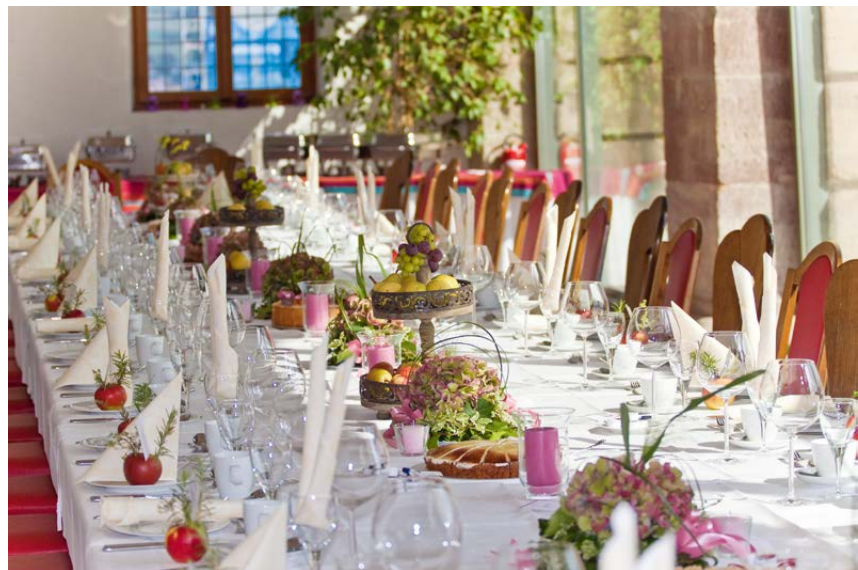
Steuerschätzung beschert Milliarden-Minus

Trotz massiver Einbrüche bei den Steuereinnahmen wegen Corona sei es „keine gute Idee, jetzt gegen die Krise anzusparsen“. Das unterstrich Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) Mitte Mai im Finanzausschuss. Die Aussichten für die kommenden Jahre seien derzeit unklar, so die Ministerin. Selbst die weitere Entwicklung des laufenden Jahres sei nicht vorherzusehen. Der Haushalt für 2021 wird deshalb später als üblich ins Parlament eingebracht (siehe Seite 4).

Am Tag vor der Ausschusssitzung hatte Heinold die aktuelle Steuerschätzung für Schleswig-Holstein vorgelegt. Demnach werden im laufenden Jahr Mindereinnahmen von 1,18 Milliarden Euro erwartet – bei einem Gesamtvolumen des Etats von rund 13 Milliarden. Von 2021 bis 2024 wird mit einem Minus gegenüber den bisherigen Prognosen von etwa 500 Millionen Euro pro Jahr gerechnet. In den kommunalen Kassen werden demnach im laufenden Jahr insgesamt 692 Millionen Euro fehlen, in den Jahren danach jeweils gut 200 Millionen.

Es habe „noch nie so viele Unsicherheiten in einer Steuerschätzung“ gegeben, betonte die Ministerin. Derzeit sei beispielsweise nicht abzusehen, ob es eine zweite Corona-Welle gebe, und wie sich das Konsumverhalten entwickle. Vor diesem Hintergrund soll es Anfang September eine Zwischenbilanz der Steuerschätzer geben und im November dann die nächste reguläre Prognose.

„Die Zeit der vollen Kassen ist vorbei, darauf müssen wir unsere Finanzplanung einstellen“, so die Ministerin. Konkrete Sparpotenziale nannte sie jedoch nicht. Das stieß in der Ausschusssitzung auf Kritik. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs, Gaby Schäfer,



Sorgenkind 2: Landgasthöfe. Dort können Geburtstags- oder Hochzeitsfeiern derzeit nicht wie gewohnt stattfinden. Wirtschaftsminister Buchholz rief dazu auf, im Laufe des Sommers ein- oder zweimal „anständig essen zu gehen“.

merkte an: „Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir den Rotstift mal wieder ansetzen müssen.“ Angesichts der „gigantischen Neuverschuldung“ rief sie die Landesregierung zum Nachdenken auf, „wo man Schwerpunkte setzt und wo nicht“. Jörg Nobis (AfD) sagte: „Ich halte fest: Es gibt keinerlei Überlegungen, an keiner Stelle auch nur ein bisschen einzusparen.“ Er empfahl, sich beim Ausbau der Infrastruktur auf „Kernprojekte“ zu beschränken.

„Natürlich könnte man das Infrastrukturprogramm abrasieren“, entgegnete Heinold: „Das ist aber nicht unser Ziel.“ Der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch verwies darauf, dass es im Lande „immer noch einen Sanierungsstau“ gebe. Deswegen wäre es falsch, so Koch, das IMPULS-Sondervermögen zur Modernisierung der Infrastruktur als „Sparschwein“ zu benutzen und die dort verankerten Mittel in den Landeshaushalt umzuleiten. Lasse Petersdotter (Grüne) regte an, Experten in den Finanzausschuss zu laden und den Schuldentilgungsplan zu überarbeiten. Beate Raudies (SPD) warf die Frage auf, ob Land und Kommunen eine Haushaltssperre oder eine Wiederbesetzungssperre verhängen könnten. „Ich kann nichts ausschließen“, so Ministerin Heinold.



Sorgenkind 3: der Landeshaushalt. Mehr als drei Milliarden Euro weniger wird das Land voraussichtlich bis 2024 einnehmen. Neue Zahlen im September sollen mehr Klarheit bringen.

Journalismus: Breites Bekenntnis zur Meinungsvielfalt

Journalisten stehen während der Corona-Pandemie im Fokus. Es gibt Lob und Anerkennung für ihre Arbeit – aber auch scharfe Kritik bis hin zu gewalttätigen Übergriffen. Und: Zeitungs- und Zeitschriftenverlage leiden trotz steigender Auflage unter Corona, denn der Anzeigenmarkt ist eingebrochen. Im Landtag gab es im Mai breite Rückendeckung für die Presse. Gerade in Krisenzeiten sei eine unabhängige und seriöse Berichterstattung von unschätzbarem Wert.

Seit 2015 sind in Deutschland 119 Journalisten gewaltsam angegriffen worden. Das besagt eine Studie des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit in Leipzig aus dem März. Zuletzt wurden Anfang Mai Kamerateams von ARD und ZDF in Berlin bedroht und attackiert. „Angriffe auf Journalisten sind Angriffe auf uns alle“, erklärte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner. Die Sozialdemokraten hatten das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Dem Journalismus komme in Zeiten der Corona-Krise, in der in sozialen Netzwerken obskure Verschwörungstheorien kursierten, eine umso wichtigere Bedeutung zu.

Volker Schnurrbusch (AfD) forderte eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der Rundfunkbeitrag sei „eine künstliche Beatmung eines aufgeblähten Systems, das nur noch für einen Teil der Zuschauer und Zuhörer relevant ist.“ Einige Journalisten begriffen sich „als Oberlehrer, als Missionare, als Ideologen“. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) konterte: „Das waren fünf Minuten Schmäherei gegen Journalisten, das war



Ein Mikrofon mit einer Plastiktüte als Virenschutz: Journalismus in Zeiten von Corona

eine Beleidigung des Parlaments. Es ist unerträglich, was Sie hier formuliert haben.“ Günther dankte allen Journalisten, die während der Corona-Pandemie berichtet haben. Sie hätten „Großartiges geleistet“.

„Innerhalb von zehn Jahren ist der Anzeigenmarkt zum zweiten Mal zusammengebrochen“, stellte Jan Marcus Rossa (FDP) fest. Wenn Einnahmen wegbrächen, dann gefährde das auch den Qualitätsjournalismus. Das könne „durchaus fatale Folgen“ für die Meinungsfreiheit haben. Lars Harms (SSW) brachte ein Modell nach dänischem Vorbild ins Spiel. Dort seien staatliche Zuschüsse für die Auslieferung von Zeitungen möglich. Letztlich verabschiedete der Landtag gegen die Stimmen der AfD

einen gemeinsamen Antrag von Jamaika, SPD und SSW. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, Presse und Rundfunk während der Krise besonders im Blick zu behalten, „damit ein freier, unabhängiger Journalismus auch künftig bestehen kann und auskömmlich finanziert ist“. Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch einen „auskömmlichen und angemessenen Rundfunkbeitrag“ sichere „Staatsferne und Unabhängigkeit“, heißt es. Der Innen- und Rechtsausschuss soll ein Sicherheitskonzept für Journalisten auf Demonstrationen und Veranstaltungen erarbeiten und außerdem darlegen, wie der Staat Medienvielfalt und gute Arbeitsbedingungen sichern kann, ohne in die Unabhängigkeit des Journalismus einzugreifen.

Bildungsministerin Prien verteidigt „Lernsommer“

Während der Corona-Pandemie saßen Schleswig-Holsteins Schulkinder wochenlang zu Hause. Um den Lernstoff nachzuholen, hat Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Anfang Juni den „Lernsommer“ ausgerufen und an die Schulen appelliert, in den Ferien Unterrichtsangebote zu machen. „Nur 15 bis 20 Prozent der Schulen machen hier mit“, kritisierte Serpil Midyatli (SPD) in der Juni-Sitzung. Und dort seien es auch nur „einige wenige Klassen“, die „nur

Deutsch, Mathe und Fremdsprachen“ angeboten bekämen. Die Folge sei, ergänzte der Sozialdemokrat Martin Habersaat, dass „80 Prozent der Kinder, die es besonders nötig hätten, entstandene Rückstände aufzuholen“, keine Chance dazu bekämen.

Ministerin Prien verteidigte ihr Konzept: „Wenn es uns gelingt, auch nur 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen, und zwar den richtigen, im ‚Lernsommer‘ ein besseres

Angebot zum Aufholen der Lernrückstände zu machen, dann ist das ein Riesenerfolg.“ Denn die „Kollateralschäden von Schulschließungen mit Blick auf die Bildungsgerechtigkeit“ seien massiv. Auch Eka von Kalben (Grüne) stellte sich hinter den „Lernsommer“: „Zu sagen, weil so wenige mitmachen, könne man es auch lassen, geht an der Sache vorbei.“ Sie forderte die SPD auf: „Werben Sie dafür, anstatt es kaputtzureden.“



„Open Ship“ auf dem Einsatzgruppenversorger „Frankfurt am Main“ während der Kieler Woche 2018

„Bundeswehr gehört zur Kieler Woche“

Im Februar sorgte die Forderung von Kieler Grünen nach einer „Entmilitarisierung“ der Kieler Woche für Aufsehen. In einem Beschluss des Kreisverbandes hieß es, Manöver in der Ostsee, die Präsenz von Marineschiffen und Werbestände der Bundeswehr auf der Party-Meile würden nicht in das Bild der Kieler Woche als friedliches Segel- und Volksfest passen. Im Mai widersprachen alle Fraktionen im Landtag dieser Auffassung.

„Als Parlamentsarmee gehört die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft“, betonte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben. „Deshalb ist es wichtig, dass diese auch in den Austausch mit ihr kommt. Dafür ist die Kieler Woche eine gute Gelegenheit.“ Von Kalben gestand, dass ihre Partei „nicht immer ein entspanntes Verhältnis zur Bundeswehr“ hatte. „Mittlerweile ist das Verhältnis aber geklärt.“ Kritisch äußerte sich die Grünen-Politikerin zu Marine-

manövern vor Schleswig-Holsteins Küsten: „Die Ostsee ist ein Lebensraum und kein Truppenübungsplatz.“

Jörg Nobis (AfD), der die Landtagsdebatte angestoßen hatte, warf dem „linken Rand des politischen Spektrums“ vor, „die Bundeswehr aus dem öffentlichen Leben verbannen“ zu wollen. Insbesondere seit die Bundeswehr eine Freiwilligenarmee sei, brauche sie aber die „Werbewirkung“ großer Veranstaltungen, um Rekruten zu finden. Für Kai Dolgner (SPD) gehört die Bundeswehr „sichtbar in die Mitte der Gesellschaft“. Den Kritikern hielt er entgegen: „Wer die Bundeswehr in die Schmutzlecke drängen will, will doch eigentlich die Abschaffung. Dann sollen diejenigen das auch offen sagen.“

Das Parlament beschloss einstimmig ein von Jamaika vorgelegtes „Bekanntnis des Landtages Schleswig-Holstein zur Bundeswehr“. In diesem Jahr fand die Kieler Woche aufgrund der Corona-Pandemie nicht wie geplant Ende Juni statt. Sie wurde in abgespeckter Form in den September verlegt.

Tiertransporte: Streit über strengere Vorgaben

Hohe Temperaturen, drückende Enge, und das manchmal tagelang –Tiere müssen so einiges aushalten auf ihrem Weg zum neuen Besitzer oder zum Schlachthof. Der SSW forderte in der Maitagung, die Transportzeiten auf maximal acht Stunden auf internationalen Routen und auf vier Stunden im Inland zu begrenzen. Eine Mehrheit im Landtag gab es dafür nicht. Der Vorstoß sei unrealistisch, hieß es.

„Der Lebendtransport von Tieren, der mit jedem Kilometer das Tierwohl verschlechtert, darf nicht länger ein Geschäftsmodell sein, das wir zulassen“, sagte Lars Harms (SSW). Er forderte ein Verbot des Exports lebender Tiere in Staaten außerhalb der EU sowie schärfere Kontrollen. Und: „Wir wollen, dass grundsätzlich die Schlachtung der Tiere am nächstgelegenen Schlachthof stattfinden soll.“ Das mindere nicht nur das Leiden der Tiere, sondern stärke auch die heimische Wirtschaft. Die Corona-Krise mache deutlich, wie wichtig es sei, einen stabilen Binnenmarkt zu haben, unterstrich Harms. Transportzeiten von inländisch vier und international acht



Stunden wären „ein Todesstoß für unsere tierhaltenden Betriebe“, entgegnete der CDU-Agrarexperte Heiner Rickers: „Es dauert schon zwei Stunden, bis ein Lkw mit 185 Schlachtschweinen transportfähig ist.“ Außerdem gelte: „Wenn der nächstgelegene Schlachthof verpflichtend angelaufen werden müsste, wäre jeglicher Wettbewerb ausgeschaltet.“ Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) betonte, dass Schleswig-Holstein bereits strenge Vorgaben für Fern-

Transporte habe. Allerdings müsse der Bund endlich seine Datenbank fertigstellen, in der entlang der Routen die Versorgungsstellen für Tiere vermerkt sind. Der Antrag des SSW wurde bei Enthaltung der SPD abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag der Koalition, der vom Land mehr Kontrollen, vom Bund die Fertigstellung der Datenbank und von der EU strengere Regeln für die Temperaturen im Transporter, für die Wasser- und für die Futtermittelversorgung fordert.



Darsteller in Ketten demonstrieren die Behandlung von Hereros durch deutsche Truppen im heutigen Namibia bei einer Veranstaltung zum Gedenken an den Herero-Aufstand. Im August 1904 trieb die deutsche „Schutztruppe“ rund 60.000 Hereros in die Omaheke-Wüste, wo ein Großteil verdurstete. „Die damaligen im deutschen Namen begangenen Gräueltaten waren das, was heute als Völkermord bezeichnet würde“, sagte Ministerpräsident Daniel Günther bei seinem Besuch in Namibia im vergangenen Jahr.

„Unbekannte“ Kolonialgeschichte soll ins Bewusstsein rücken

Die europäischen Mächte haben über Jahrhunderte Ländereien auf anderen Kontinenten besetzt, ausgebeutet und die Bevölkerung unterdrückt. Auch Schleswig-Holstein war Ausgangspunkt des Kolonialismus. So starteten viele Expeditionen in die „Schutzgebiete“ des Kaiserreichs im Kieler Marinehafen. Es sei an der Zeit, diesen dunklen Fleck der Landesgeschichte stärker ins Bewusstsein zu rücken. Darüber herrschte Einvernehmen im Landtag. Grundlage der Debatte war eine Große Anfrage des SSW.

Die Schleswig-Holsteiner müssten „intensiver und öffentlicher über diesen Teil unserer Geschichte sprechen, denn die Leute vor Ort kennen diese Geschichte nicht“, merkte Lars Harms (SSW) an. Noch heute gebe es problematische Straßennamen im Lande. Es müsse nicht jede Straße umbenannt werden, so Harms. Oft sei es besser, Hinweistafeln anzubringen und über die historischen Fakten aufzuklären. „Ich halte wenig von der Umbenennung von Straßen“, sagte auch Tobias von der Heide (CDU). Statt einer „Verbannung aus dem öffentlichen Raum“ müsse es eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geben.

Martin Habersaat (SPD) zählte Personen auf, deren Lebenswerk heute kritisch gesehen wird. So habe der erste Reichskanzler Otto von Bismarck „die Aufteilung Afrikas moderiert“, und der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer sei zuvor Vizepräsident der deutschen Kolonialgesellschaft gewesen. Das Gewerbegebiet „Levo-Park“ in Bad Segeberg sei nach Paul von Lettow-Vorbeck benannt, der zwischen 1904 und 1906 als Kommandeur der „Schutztruppe“ im heutigen Namibia am Völkermord an den Hereros und Namas beteiligt war. Jan Marcus Rossa (FDP) richtete den Blick auf das „Deutsch-Ostafrikaner-Ehrenmal“ in Aumühle (Kreis Herzogtum

Lauenburg). Dieses einfach zu entfernen, wäre ein „Leugnen unserer eigenen Geschichte“, so Rossa. Stattdessen empfahl er, es in ein Mahnmal an die Opfer umzuwidmen und gezielt „Gegendenkmäler“ gegen die Verherrlichung der Kolonialzeit zu errichten.

Gegen „Rasse“ im Grundgesetz

„Die Debatte über antischarzen Rassismus in Deutschland ist so oberflächlich, weil wir so wenig Allgemeinwissen darüber haben“, betonte Aminata Touré (Grüne). Sie wiederholte ihre Forderung, den Begriff „Rasse“ in Artikel 3 des Grundgesetzes zu ersetzen, etwa durch den Begriff „rassistische Zuschreibungen“ – „weil es eben keine unterschiedlichen menschlichen Rassen gibt“.

Der deutsche „Sprung in die weite Welt“ sei „nicht überall gelungen“, sagte Volker Schnurrbusch (AfD). Das Kaiserreich habe in seinen Kolonien die Wirtschaft, das Gesundheitswesen und das Schulsystem gefördert, erklärte die fraktionslose Abgeordnete Doris von Sayn-Wittgenstein. Deswegen gebe es dort noch immer „Achtung“ für Deutschland: „Einseitige Schuldzuweisungen“ seien fehl am Platz. Dieser Beitrag stieß auf heftige Kritik. „Es gibt keine netten Kolonialherren“, protestierte Beate Raudies (SPD).

Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) stellte in Vertretung von Bildungsministerin Karin Prien (CDU) die Initiativen der Landesregierung vor. So werde das Thema im Geschichtsunterricht der Sekundarstufen I und II aufgegriffen. An den Universitäten Kiel, Flensburg und Lübeck gibt es entsprechende Forschungen in den Bereichen Geschichte, Pädagogik, Geschlechterforschung, Geographie und Kulturwissenschaft. In 19 Museen im Lande läuft unter dem Motto „Zwischen Kolonialismus und Weltoffenheit“ ein Forschungsprojekt, um den Bestand an kolonialen Gütern zu erfassen und deren Herkunft zu klären. Der Bildungsausschuss berät die Große Anfrage weiter.

i Deutschlands Kolonien

Deutschland war zwischen 1884 und 1918 Besatzungsmacht in Kamerun, Togo, Namibia („Deutsch-Südwestafrika“), Tansania („Deutsch-Ostafrika“), im chinesischen Tsingtau sowie auf mehreren Pazifikinseln („Kaiser-Wilhelm-Land“, „Bismarck-Archipel“). Auf der „Kongo-Konferenz“ in Berlin 1884/85 teilten die europäischen Mächte den afrikanischen Kontinent untereinander auf. Die willkürlich gezogenen Grenzen prägen noch heute die Landkarte Afrikas. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs besetzten Großbritannien und Frankreich die ehemaligen deutschen Kolonien.

Lars Harms, Vorsitzender der SSW-Gruppe im Landtag, vertritt in der laufenden Legislaturperiode das Parlament in der Ende 2019 gegründeten Friesenstiftung. Seine Stellvertreterin ist die Grünen-Abgeordnete **Marret Bohn**. Der Landtag wählte die beiden Anfang Mai einstimmig. Harms stammt aus Husum, Bohn von der Insel Föhr. Die Stiftung mit Sitz in Kiel soll dazu beitragen, die friesische Sprache, Kunst und Kultur, Volksbildung, Geschichtsforschung und das traditionelle Brauchtum zu fördern. Das Stiftungsvermögen beträgt 1,5 Millionen Euro und stammt aus den Lotteriereinnahmen des Landes.



Tim Brockmann, CDU-Abgeordneter aus Preetz (Kreis Plön) ist neuer Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Klärung der „Rocker-Affäre“ bei der Landespolizei. Brockmann folgt auf Claus Christian Claussen, der mittlerweile Justizminister ist (siehe Seite 3). Stellvertretender Vorsitzender des PUA bleibt der SPD-Abgeordnete **Thomas Rother**. **Peter Lehnert** ist jetzt CDU-Obmann im Ausschuss. Claussens Platz im PUA übernahm **Klaus Jensen**. **Hans-Jörn Arp** ist Claussens Nachfolger im Richterwahlausschuss. Tim Brockmann übernahm zudem den Vorsitz im Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht. **Barbara Ostmeier** wurde justizpolitische Sprecherin und Nachfolgerin Claussens im Kuratorium der Stiftung Opferschutz.



Silke Torp ist neue Staatssekretärin im Finanzministerium. Sie war zuvor in verschiedenen Funktionen in der Steuerverwaltung und im Finanzministerium tätig. Zuletzt war Torp Abteilungsleiterin im Innenministerium. Sie folgt auf

Silke Schneider, die seit 1. Juni Präsidentin des Landgerichts Lübeck ist. Die SPD kritisierte die Wiederbesetzung. Seit dem Regierungswechsel 2017 gebe es im Finanzministerium zwei Staatssekretäre, monieren die Sozialdemokraten. Mit Schneiders Ausscheiden hätte die Chance bestanden, eine Stelle einzusparsen.



Marit Hansen bleibt für weitere sechs Jahre Landesbeauftragte für den Datenschutz. Der Landtag wählte sie im Juni einstimmig. Jamaika, SPD und SSW hatten die studierte Informatikerin vorgeschlagen und lobten ihre bisherige Arbeit. Hansen hat den Posten seit 2015 inne. Ihre erste Amtszeit endet Mitte Juli. Ministerpräsident Daniel Günther konnte Hansen bei Redaktionsschluss noch nicht für die zweite Amtszeit ernennen. Grund: Es gibt eine einstweilige Anordnung, die ein anderer Bewerber auf das Amt vor dem Verwaltungsgericht Schleswig erreicht hatte. Das Unabhängige Landeszentrum für den Datenschutz (ULD) mit Sitz in Kiel ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Sie berät Firmen und Behörden beim Umgang mit persönlichen Daten, verleiht Gütesiegel, nimmt Kontrollen vor und informiert die Öffentlichkeit.



Johannes Utzolino ist seit Mitte April Leiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit, zu dem auch die Redaktion der Landtagszeitschrift gehört. Der Diplom-Pädagoge ist seit 1999 in der Landtagsverwaltung tätig, seit 2001 als Referent mit dem Schwerpunkt Neue Medien und politische Bildung. Außerdem war er im Besucherdienst und im Veranstaltungsbereich tätig.

Runde Geburtstage

Uwe Gunnesson aus Flensburg, von 1976 bis 1992 für die SPD im Landtag, hat am 10. Mai seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Anke Gravert aus Kronshagen bei Kiel, von 1983 bis 1988 und von 1991 bis 1992 für die CDU im Landtag, hat am 22. Mai ihren 85. Geburtstag gefeiert.

Manfred Ritzek aus Norderstedt, von 2000 bis 2009 für die CDU im Landtag, hat am 20. April seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Günther Fleskes von der Insel Nordstrand, von 1988 bis 2000 für die SPD im Landtag, hat am 5. April seinen 75. Geburtstag gefeiert.



Gisela Böhrk aus Lübeck, von 1975 bis 2005 für die SPD im Landtag, Frauenministerin von 1988 bis 1996, Bildungsministerin von 1993 bis 1998, hat am 8. Juni ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Lothar Hay aus Flensburg, von 1992 bis 2012 für die SPD im Landtag, Fraktionsvorsitzender von 1998 bis 2008, Innenminister von 2008 bis 2009, hat am 29. Mai seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Karl-Martin Hentschel aus Heikendorf bei Kiel, von 1996 bis 2009 für die Grünen im Landtag, Fraktionsvorsitzender von 2000 bis 2005 und von 2006 bis 2009, hat am 16. April seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Birgit Küstner aus Lauenburg, von 1992 bis 2000 für die SPD im Landtag, hat am 25. Mai ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Schulen: Debatte um Verschleierung in Corona-Zeiten

Seit einiger Zeit diskutieren Politik und Gesellschaft über ein Verbot von Gesichtsschleiern wie dem muslimischen Nikab in Bildungseinrichtungen. Während die Debatte an den Unis kontrovers geführt wird, herrscht weitgehende Einigkeit, was die Schulen betrifft: Lehrerinnen und Schülerinnen sollten im Klassenzimmer unverhüllt auftreten. Das wurde Mitte Mai bei einer Anhörung des Bildungsausschusses deutlich. Das entsprechende Gesetz war dennoch umstritten – wegen Unterschieden in Einzelfragen.

Samiah El Samadoni, Bürgerbeauftragte und Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, verwies auf die tägliche Erfahrung in der Corona-Zeit: „Kommunikation ist schwieriger, wenn die untere Gesichtshälfte bedeckt ist.“ Dies gelte insbesondere für die Schule, die, anders als die Uni, auch einen „Bildungs- und Erziehungsauftrag“ habe, der mit einer „unverhüllten Kommunikation“ deutlich leichter zu erfüllen sei. Katja Cordes von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) betonte, dass der Nikab „am Ende eines Radikalisierungsprozesses“ stehe. Wenn eine verschleierte Schülerin „von der Beschulung ausgeschlossen“ und ihr „der Zugang zu Bildung verwehrt“ werde, dann treibe sie das nur weiter zu Leuten, „von denen wir nicht wollen, dass sie in deren Hände gerät“. Mit der Entscheidung über einen Schulverweis würden die Schulleitungen „allein gelassen“, kritisierte

Cordes, denn der Gesetzentwurf lege die Verantwortung allein in ihre Hände.

Die Landesregierung hatte im Februar einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes vorgelegt. Doch dann kam Corona – und die Pflicht, in der Öffentlichkeit Mundschutz zu tragen. Die Koalitionsfraktionen haben die Vorlage aus dem Bildungsministerium daraufhin ergänzt. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte sollen demnach ihr Gesicht verhüllen dürfen, wenn „schulische“, „dienstliche“ oder „gesundheitliche“ Gründe dies erfordern. Damit sei die Formulierung „passend“ für die Corona-Zeit, erläuterte der Unionsabgeordnete Tobias von der Heide. Der Landtag beschloss das Gesetz im Juni mit den Stimmen von Jamaika und AfD. SPD und SSW votierten dagegen. Jette Waldinger-Thiering (SSW) mahnte im Ausschuss mehr



Corona-Mundschutz: ja, religiöse Verschleierung: nein. Das soll ein neuer Passus im Schulgesetz regeln.

„Klarheit“ an. So müsse im Gesetz auch stehen, dass mit dem Verbot „nicht Mütter und andere Angehörige“ gemeint seien, die einen Termin in der Schule haben. Zudem müsse festgelegt werden, was die Schüler in der Pause machen dürfen: „Vielleicht gewöhnen sich ja einige an den Mundschutz, auch wenn Corona vorbei ist.“

Verwaarloste Konik-Pferde: Scharfe Kritik am NABU



Lange Zeit haben Konik-Pferde in Dithmarschen gegrazt. Nun ist das Naturschutzprojekt gescheitert.

Anfang März war bekannt geworden, dass Konik-Pferde, die sich in der Obhut des Naturschutzbunds NABU befunden hatten, nach anhaltender Vernachlässigung verendet waren. Sie waren im Rahmen eines Naturschutzprojekts im Meldorfer Speicherkoog eingesetzt, um das Gras kurz zu halten. Die fünf toten Stuten und zehn toten Fohlen waren im Mai Thema im Umwelt- und Agrarausschuss. Vertreter des NABU gestanden Fehler ein.

„Wir haben unsere Verantwortung für die Tiere nicht in vollem Umfang wahrgenommen. Dafür wollen wir uns entschuldigen. Das hätte nicht passieren dürfen.“ Das räumte der NABU-Landesvorsitzende Hermann Schultz ein. Die Bedingung für die Übernahme der Konik-Pferde durch den NABU sei gewesen, dass fachkundige Dritte die Betreuung der Tiere übernehmen würden. Ab 2010 hätten zwei Schäfer die Wildpferde täglich überwacht, so Schultz. Er gestand, dass der NABU nicht kontrolliert habe, ob die Schilderungen der Schäfer den Tatsachen vor Ort entsprochen hätten. Der NABU wolle das Konik-Projekt nicht mehr weiter betreiben, so Schultz. Der AfD-Abgeordnete Volker Schnurrbusch hatte das Thema in den Landtag

gebracht, verbunden mit der Forderung, die öffentlichen Zuschüsse für den NABU auf den Prüfstand zu stellen. „Der Hungertod der Pferde war kein einmaliger Fehler, sondern ein weiterer Beleg für das systematische Versagen des NABU als Tierhalter“, so Schnurrbusch. Vertreter aller anderen Fraktionen kritisierten den NABU ebenfalls scharf. Eine Kürzung der Fördermittel sei jedoch keine Lösung, betonte Joschka Knuth (Grüne) im Mai-Plenum: „Die naturschutzfachliche Arbeit ist unverzichtbar und wertvoll für unser Land.“ Die Tiere befinden sich inzwischen in neuer Obhut. Der Dithmarscher Landrat Stefan Mohrdieck berichtete im Ausschuss, dass ihr Gesundheitszustand drei Mal täglich von Kreisveterinären überprüft werde.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Online-Sitzungen: Gemeinderäte, Stadtvertretungen und Kreistage sollen künftig auch per Video- oder Telefonkonferenz zusammenkommen können, falls eine Pandemie wie Corona Präsenzsitzungen verhindert. Das sieht ein Entwurf von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW zur Änderung von Gemeinde-, Kreis- und Amtsordnung vor, der nun zunächst im Innen- und Rechtsausschuss beraten wird. „Corona hat auch die kommunalpolitische Arbeit kalt erwischt“, merkte Ines Strehlau (Grüne) in der Juni-Tagung an. Sitzungen seien vielerorts auf ein Minimum reduziert worden, und es habe Verzögerungen bei wichtigen Entscheidungen gegeben. In einigen Fällen hätten Bürgermeister, Amtsvorsteher und Landräte die Gelegenheit genutzt und zentrale Vorhaben selbständig per Eilentscheidung auf den Weg gebracht.

„Die Kommunen müssen jederzeit handlungsfähig bleiben“, betonte Bildungsministerin Karin Prien in Vertretung von Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (beide CDU). Der Gesetzentwurf sieht auch Erleichterungen vor, etwa einen Zuschuss zur IT-Ausstattung im privaten Bereich, wenn diese für die Gremienarbeit oder für die Vorbereitung von Sitzungen genutzt wird. Voraussetzung für Online-Treffen bleibt laut Entwurf, dass die Öffentlichkeit beteiligt wird und Vorschläge unterbreiten kann. Bisher ist die körperliche Anwesenheit der Gemeindevertreter wie auch der Öffentlichkeit notwendig, um Entscheidungen zu treffen.

Badestellen: Kommunen, die eine öffentliche Badestelle betreiben oder vorhalten, bekommen zu Beginn der Sommersaison Rechtssicherheit, zum Beispiel über die Beaufsichtigungspflicht. Ohne Aussprache verabschiedete der Landtag im Juni einstimmig das „Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Badewesen“, das CDU, Grüne, FDP und SSW auf den Weg gebracht hatten.

In dem Gesetz wird klargestellt: „Soweit Badestellen nicht eingerichtet oder betrieben sind oder auf andere Weise für ein natürliches Gewässer der Badeverkehr eröffnet wurde, erfolgt die Benutzung, insbesondere zum Schwimmen und Baden, auf eigene Gefahr.“ Zudem wird die Landesregierung ermächtigt, durch Verordnungen nähere Regelungen zum Umfang der Badeaufsicht, zu Anforderungen an die Aufsichtspersonen, die erforderlichen Sicherungs- und Rettungsvorkehrungen und die Kennzeichnung der Badestellen zu treffen.

Kommunaler Finanzausgleich: Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) hat Anfang Mai um Unterstützung für die geplante Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (FAG) geworben. „Die Finanzierung der Bedarfe der Kommunen wird langfristig gesichert“, betonte Sütterlin-Waack in ihrer ersten Rede im neuen Amt. Und: „Die Mittel werden bedarfsgerecht verteilt.“ Das Land muss die schleswig-holsteinischen Kommunen laut einem Urteil des Landesverfassungsgerichts finanziell besser ausstatten. Der FAG muss bis Jahresende neu geregelt werden. Es geht insgesamt um rund zwei Milliarden Euro pro Jahr.

Redner aller Fraktionen nannten den Entwurf eine gute Grundlage für die Beratungen im Innen- und Rechts-, im Bildungs- und im Finanzausschuss. Es wurden aber auch Änderungswünsche angemeldet. Die Verfassungsrichter hatten der Politik aufgetragen, die Finanzströme an den tatsächlichen Bedarfen der Kommunen auszurichten. „Wir setzen die Vorgaben fristgerecht um“, sagte die Ministerin. Demnach soll die Ausgleichsmasse ab 2021 um 54 Millionen Euro steigen. In den Jahren 2022, 2023 und 2024 sollen jeweils weitere fünf Millionen Euro dazukommen. Neu ist ein „Kinderbonus“ für jeden Unter-18-Jährigen, der in einer kreisfreien Stadt, einem

Landkreis oder einer Gemeinde lebt. Dazu gibt es mehr Geld für Straßenbau, Infrastruktur, Schwimmbäder, Theater, Orchester, Büchereien, Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen.

Auch die Verteilung zwischen Städten, Landkreisen und Gemeinden muss überarbeitet werden. Laut dem Entwurf soll die „Teilschlüsselmasse“ für die Gemeinden künftig 30,55 Prozent (bislang 30,79 Prozent) betragen, bei den Kreisen und kreisfreien Städten sollen es 53,75 Prozent (bislang 53,66 Prozent) sein, und die Zentralen Orte sollen 15,70 Prozent bekommen (bislang 15,55 Prozent). Trotz „konstruktiver und intensiver“ Gespräche habe es bei diesen „Teilschlüsselmassen“ bislang aber keine Einigung mit den Kommunalverbänden gegeben, merkte Sütterlin-Waack an.

Grundsteuerreform: Die SPD fordert von der Regierung bis zur August-Tagung einen Bericht über die Umsetzung des neuen Grundsteuermodells. Der Bericht soll darüber Auskunft geben, welche Personalkosten auf Land und Kommunen zukommen, wie die Regierung die Bürger über den Prozess informieren will und ob sich Jamaica der Bundesregelung anschließt oder eine eigene landesrechtliche Regelung umsetzt. Denn die Länder entscheiden selbst, ob sie die Berechnungsmethode des Bundesfinanzministeriums oder eine eigene nutzen.

CDU, Grüne und FDP hatten sich Anfang April darauf geeinigt, das Bundesmodell umzusetzen und auf eine Nutzung der Länderöffnungsklausel zu verzichten. 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht das derzeit noch geltende Modell für verfassungswidrig erklärt. Die Grundsteuer wird deshalb ab 2025 nach einem neuen System berechnet.

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Lob und Geld für Pfleger und Kranken-Schwestern

Kranken-Schwestern und Pfleger haben in der Corona-Pandemie besonders viel Verantwortung. Viele von ihnen arbeiten besonders viel. Und sie leben mit der Gefahr dass sie selbst vom Corona-Virus krank werden. Deswegen finden viele Menschen: Kranken-Schwestern und Pfleger sind Helden. Sie sollen nicht nur Lob bekommen. Sondern auch mehr Geld.

Das finden auch die Abgeordneten im Land-Tag. Birte Pauls ist von der Partei SPD. Sie sagt: Eine Pflege-Kraft bekommt manchmal nur 12 Euro in der Stunde. Das ist viel zu wenig. Deswegen müssen alle Menschen in Deutsch-Land mehr Geld für die Pflege zahlen. Nicht nur die Alten und die Kranken. Denn gute Pflege ist für alle wichtig.

Marret Bohn ist von den Grünen. Sie sagt: Wir brauchen mehr Kranken-Schwestern und mehr Pfleger. Manchmal muss sich eine Kranken-Schwester in der Nacht um 40 Kranke kümmern. Das ist sehr anstrengend. Wenn mehr Menschen in der Pflege arbeiten dann macht die Arbeit weniger Stress. Dann haben die Kranken-Schwestern und Pfleger auch mehr freie Zeit und mehr freie Wochen-Enden.

Die Landes-Regierung und die Bundes-Regierung wollen mehr Geld für die Pflege ausgeben. Sie wollen einen Bonus zahlen. Das bedeutet: ein einmaliges Extra-Gehalt. Eine Kranken-Schwester und ein Pfleger sollen 1.500 Euro bekommen wenn sie Voll-Zeit arbeiten. Also ungefähr 40 Stunden in der Woche. Krankenwagen-Fahrer und Menschen die im Labor arbeiten oder in der Apotheke vom Kranken-Haus sollen 1.000 Euro bekommen. Menschen die im Kranken-Haus in der Küche oder in der Wäscherei arbeiten sollen 500 Euro bekommen. Auszubildende sollen 900 Euro bekommen.



Birte Pauls von der SPD



Marret Bohn von den Grünen



Eine Kranken-Schwester mit einem Mund-Schutz gegen das Corona-Virus

Erklärungen:

Corona-Virus: Ein Virus ist ein winzig kleiner Körper der eine Krankheit über-trägt. Dieses Virus heißt Corona weil es zackig aussieht wie ein Kranz oder eine Krone. Das Wort Corona kommt aus der Sprache Latein und bedeutet Kranz oder Krone. Wer das Corona-Virus einatmet kann an der Lunge krank werden. Oder an anderen Organen.

Pandemie: Das Wort Pandemie kommt aus der Sprache Griechisch. Es bedeutet: Eine Krankheit ist ansteckend und sie hat sich auf der ganzen Welt verbreitet.

Behindertenbeauftragter Hase: Forderungskatalog zum Jubiläum

Ulrich Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, hat Anfang April seinen Tätigkeitsbericht für die vergangenen zwei Jahre vorgelegt. Darin zieht er Bilanz und gibt der Landespolitik Empfehlungen für die künftige Arbeit. Hase ist seit 25 Jahren im Amt. Zum Jubiläum gab es Lob aus allen politischen Lagern.

Die Bilanz für die Jahre 2018 und 2019 fällt gemischt aus. Hase und sein Team hatten 48 Empfehlungen ausgesprochen. Davon hat die Politik laut Bericht nur acht komplett berücksichtigt. In 13 Fällen sei gar nichts passiert, der Rest sei teilweise erfüllt worden. Zu den positiven Aspekten gehört, dass Behinderteneinrichtungen jetzt Konzepte zur Gewaltprävention erarbeiten müssen und dass Landtag und Landesregierung an der Barrierefreiheit ihrer Internetauftritte arbeiten. Auch sei es ein Fortschritt, dass Menschen, die eine Betreuung in allen Angelegenheiten haben, nicht mehr von Wahlen ausgeschlossen sind. Als negativ wird bewertet, dass noch immer überproportional viele Behinderte arbeitslos sind, dass keine genauen Angaben über die Zahl der Menschen mit Behinderung im Landesdienst vorliegen und dass es in Behinderteneinrichtungen keine Frauenbeauftragten gibt. Für die Zukunft fordert Hase das passive Wahlrecht auch für Patienten in forensischen Kliniken, Bewohner- und Werkstatträte in allen Behinderteneinrichtungen und mehr Inklusion in Kitas. Mit Blick auf die Corona-Einschränkungen prangerte Hase die „Isolation“ von



Seit 25 Jahren im Amt: Ulrich Hase

Menschen mit Behinderung in Wohnheimen an, „obwohl die Infektionszahlen inzwischen deutlich niedrig sind und in allen Bereichen große Lockerungen erfolgen“.

Ulrich Hase hat das Amt des Behindertenbeauftragten seit April 1995 inne. Der Posten war zunächst im Sozialministerium angesiedelt, 2005 folgte der Wechsel in den Landtag. Parlamentspräsident Klaus Schlie dankte Hase für seine Arbeit: Er sei „ein wichtiger, zentraler und kompetenter Ansprechpartner“ für die Politik und die etwa 500.000 Menschen mit Behinderung im Lande. Dank und Anerkennung kam auch aus Regierungs- und Oppositionsfractionen.

Bürgerbeauftragte beklagt soziale Folgen von Corona

Die Corona-Krise führt in vielen Haushalten zu finanziellen Problemen. Darauf hat die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, Mitte Mai hingewiesen. Sie berichtete von Anfragen zu Kostenübernahmen bei medizinisch notwendigen Schutzmasken, zum Kurzarbeitergeld und auch zu Besuchsmöglichkeiten bei Eltern auf den wochenlang abriegelten Inseln.

„Es muss alles dafür getan werden, dass sich die schon bestehenden Probleme nicht verschärfen“, erklärte die Bürgerbeauftragte. So hätten auch während der Pandemie viele Bürger um Hilfe gebeten, weil sie Beiträge zur Krankenversicherung nicht finanzieren konnten. In der Folge hatten sie nur noch einen eingeschränkten Versicherungsschutz. „Gerade die Corona-Pandemie zeigt doch, wie wichtig es ist, dass alle Menschen krankenversichert sind, und zwar ohne jede Einschränkung“, sagte El Samadoni bei der Vorstellung ihres Tätigkeitsberichts für das vergangene Jahr. Demnach ist die Zahl der Eingaben um fast 400 auf 3.643 gestiegen. Wie in den Vorjahren war auch 2019 das Thema Hartz IV häufigster Beschwerdegrund. Dort gab es 831 Eingaben. Besorgniserregend sei die Entwicklung bei der gesetzlichen Krankenversicherung, sagte El Samadoni. Beim Krankengeld gebe es vor allem Streit um Arbeitsunfähigkeit. „Wenn die Krankenkassen das Krankengeld einstellen, weil sie entgegen der Einschätzung der behandelnden Ärzte wieder von der Arbeitsfähigkeit der Versicherten ausgehen, kommen die Betroffenen häufig in eine ausweglose Situation.“



Die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni stellt ihren Bericht vor.

Corona-Hilfe für Migranten und Flüchtlinge

Gemeinsam mit den Integrationsbeauftragten acht weiterer Bundesländer hat der schleswig-holsteinische Zuwanderungsbeauftragte Stefan Schmidt Hilfsmaßnahmen in Zeiten von Corona gefordert. Die Beauftragten rufen die Behörden auf, während der Corona-Krise „weitgehend“ auf Abschiebungen zu verzichten und die Einspruchsfristen gegen Asylbescheide zu verlängern. Die „beengten Wohnverhältnisse“ in den Landesunterkünften müssten entzerrt werden, und auch abgelehnte und untergetauchte Asylbewerber sollten einen „gefahrlosen“ Zugang zu Corona-Tests erhalten.

75 Jahre Vereinte Nationen: „Corona bedroht die Menschenrechte“

Vor 75 Jahren, am 26. Juni 1945, unterzeichneten Vertreter aus 51 Staaten in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen (UN). Sie legten den Grundstein für eine Organisation, die nach zwei Weltkriegen den Weg zu globalen Menschenrechten ebnen sollte. Dieser Anspruch war bahnbrechend, aber die Jubiläumsbilanz fällt dennoch durchwachsen aus – auch in Deutschland. Das wurde Anfang Juni deutlich, als Politiker und Wissenschaftler im Landeshaus über die Rolle der UN und die Lage der Menschenrechte diskutierten.

Wegen der Corona-Pandemie luden der Landtag und der Landesbeauftragte für politische Bildung keine Gäste ein, sondern übertrugen die Veranstaltung erstmals im Internet. Rund 250 Nutzer verfolgten die Veranstaltung live und beteiligten sich mit Fragen und Kommentaren. Gyde Jensen, FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, beklagte, dass „im Schatten von Corona“ ein weltweiter „Rückschritt von Menschenrechten“ zu beobachten sei. So schränke China die vertraglich garantierten Freiheitsrechte von Hongkong ein, und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán habe sich mit umfangreichen Vollmachten ausstatten lassen. Jensen rief die Bundesregierung auf, Verstöße gegen Menschenrechte schärfer zu verurteilen: „China versteht nur eine klare Sprache.“ Aus Berlin war Prof. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, zugeschaltet. Sie wies darauf hin, dass auch Deutschland nachbessern



Online-Diskussion im Landeshaus: NDR-Moderatorin Jessica Schlage, die Bundestagsabgeordnete Gyde Jensen (FDP) und Clemens Schade vom Verein „Model United Nations“ (v. li.)

müsse, und forderte höhere Standards bei der Unterbringung von Wohnungslosen und einen strengeren Blick auf die Aktivitäten deutscher Unternehmen im Ausland. Corona habe auch Auswirkungen auf die Menschenrechte, so Rudolf: „Der Handlungsbedarf, der schon vor der Krise da war, ist jetzt noch dringender.“ Dies gelte etwa für die Lage in den Pflegeheimen, für den Schutz von Frauen vor Gewalt und für das Recht der Kinder auf Bildung. Die UN seien in den vergangenen Jahrzehnten ein „wichtiger Impulsgeber“ gewesen, stellte sie heraus und verwies auf die Kinderrechtskonvention und die Behindertenrechtskonvention. Clemens Schade vertrat den Verein „Model United Nations Schleswig-Holstein“ (MUN SH), der alljährlich ein mehrtägiges UN-Planspiel für 400 Teilnehmer im Landeshaus organisiert. MUN SH erhielt im vergangenen Jahr den Demokratiepries des Landtages. „Andere Staaten haben einen anderen Blick auf Menschenrechte und nehmen sie unter-

schiedlich wichtig“, betonte Schade. Angesichts verschiedener Grundwerte, politischer Systeme und Lebensrealitäten sei es schwierig, auf UN-Ebene Kompromisse zu finden. Die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen müssten zeigen, dass sie handlungsfähig und handlungswillig sind, mahnte Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber: „Wenn sich eine demokratische Nation wie die USA aus den UN-Organisationen für Flüchtlingshilfe und Weltgesundheit zurückzieht, dann ist das ein deutliches Zeichen dafür, dass Grundpfeiler des Miteinanders auf der Welt ins Wanken geraten.“ Die UN seien „handlungsfähig, wenn auch im Kleinen“, stellte der stellvertretende Landesbeauftragte für politische Bildung, Hauke Petersen, fest. So scheitere eine Lösung des Syrienkonflikts zwar auch an der Uneinigkeit im UN-Sicherheitsrat. Gleichzeitig organisierten die UN aber auch Hilfslieferungen in das Bürgerkriegsland und prangerten Menschenrechtsverletzungen an, so Petersen.

Die UN-Charta

Die Charta der Vereinten Nationen nennt die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, den Schutz der Menschenrechte und die internationale Zusammenarbeit als Hauptziele. Zentrale UN-Organe sind die jährlich in New York tagende Generalversammlung und der Sicherheitsrat. Dort sitzen 15 Staaten. Die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien sind ständige Mitglieder und verfügen über ein Vetorecht. Deutschland ist 2019 und 2020 nichtständiges Mitglied. Im Juli übernimmt die Bundesrepublik für einen Monat den Vorsitz. Der für fünf Jahre gewählte Generalsekretär ist Chef der UN-Verwaltung und kann den Sicherheitsrat zum Handeln auffordern. Zwischenstaatliche Konflikte soll der Internationale Gerichtshof in Den Haag lösen. Seit 2002 sitzt dort zudem der „Strafgerichtshof zur Ahndung von Menschheitsverbrechen“. Zur Friedenssicherung kann die UN Blauhelmsoldaten in Krisenregionen entsenden. Zu den zahlreichen UN-Organisationen zählen die UNESCO (für Bildung und Kultur), die Weltgesundheitsorganisation WHO und die Weltbank.

Die Veranstaltung steht in voller Länge auf dem YouTube-Kanal des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Verfügung:





Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus. Hrsg.: Frank Bösch, Andreas Wirsching. Göttingen: Wallstein Verlag 2018. 837 S.

Ein Historikerteam hat in einer vom Bundesministerium des Innern geförderten Studie untersucht, mit welchem Personal die Innenministerien in Ost- und Westdeutschland nach 1945 an den Start gingen. Während in Bonn die Mehrheit der Beamten aus der Bürokratie des Nationalsozialismus stammte, übernahmen in der DDR ältere Kommunisten und junge Kader die Leitung. Die Folgen wirken paradox: Im Westen beteiligten sich Eliten aus der vorherigen Diktatur am Aufbau einer demokratischen Ordnung, in der DDR entstand mit aus der NS-Zeit unbelastetem Personal eine neue Diktatur.

Ein Historikerteam hat in einer vom Bundesministerium des Innern geförderten Studie untersucht, mit welchem Personal die Innenministerien in Ost- und Westdeutschland nach 1945 an den Start gingen. Während in Bonn die Mehrheit der Beamten aus der Bürokratie des Nationalsozialismus stammte, übernahmen in der DDR ältere Kommunisten und junge Kader die Leitung. Die Folgen wirken paradox: Im Westen beteiligten sich Eliten aus der vorherigen Diktatur am Aufbau einer demokratischen Ordnung, in der DDR entstand mit aus der NS-Zeit unbelastetem Personal eine neue Diktatur.



Stephan Detjen, Maximilian Steinbeis: Die Zauberlehrlinge. Der Streit um die Flüchtlingspolitik und der Mythos vom Rechtsbruch. Stuttgart: Klett-Cotta 2019. 262 S.

Begeht die Regierung seit 2015 Rechtsbruch, weil sie Flüchtlinge nicht an der Grenze zurückweist, obwohl sie über einen sicheren Drittstaat einreisen? Bis heute hält sich sowohl in rechtspopulistischen als auch in national-bürgerlichen Kreisen hartnäckig die These, es sei damals Recht gebrochen worden, und primär humanitäre Erwägungen hätten das Handeln der Bundesregierung bestimmt. Die beiden Juristen Detjen und Steinbeis rekonstruieren detailliert und verständlich den damaligen Entscheidungsprozess. Sie stellen fest, dass die Rechtsbruchdebatte vor allem den Aufschwung der AfD nachhaltig begünstigt hat.



Jürgen Bruhn: KI. Schlägt die Maschine den Menschen?

Marburg: Tectum Verlag 2019. 176 S.

Wie wird unser Leben in Zukunft aussehen? Werden uns Technologien, klüger als Menschen und mit Bewusstsein ausgestattet, beherrschen, kontrollieren und manipulieren? Der Politikwissenschaftler und Journalist Jürgen Bruhn widmet sich dem hochaktuellen Thema Künstliche Intelligenz (KI), legt Nutzen und Risiken dar und beschreibt den schon heute maßgeblichen Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft. Damit Künstliche Intelligenz nicht zum Feind des Menschen wird, fordert Bruhn ihre Regulierung durch Staat und Zivilgesellschaft.

Arbeitgeber Landtag erneut ausgezeichnet

Bereits zum dritten Mal hat die Landtagsverwaltung das Zertifikat „audit berufundfamilie“ für ihre familienbewusste Personalpolitik erhalten. Der Landtag ist damit einer von 18 Arbeitgebern in Schleswig-Holstein, die diese Zertifizierung Mitte Juni erhielten. „Wir freuen uns über die erneute Auszeichnung“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie bei der Übergabe im Landeshaus. „Sie bestätigt, was für die Landtagsverwaltung im Mittelpunkt steht: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“ Eine gute Work-Life-Balance zu ermöglichen, zeichne einen attraktiven Arbeitgeber aus, betonte Schlie und hob hervor, dass der Landtag bereits frühzeitig den Weg zu mehr Familienfreundlichkeit eingeschlagen habe.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1130, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Rebecca Hollmann, Detlef Ziep, Johannes Utzolino, Stefan Werminghoff, Andreas Thordsen, Karl Andruleit, Janine Wergin, Vivien Albers, Mareike Watolla, Anna Gellner, Christian Lipovsek, Birgit Herdejürgen, Lukas Kilian, Jan Marcus Rossa, Frank Brodehl, Lasse Petersdotter, Jette Waldinger-Thiering, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Stadtarchiv Kiel 2.3 Magnussen 55946, Bundesmarine/Steve Back, Thommy Weiss/pixelio.de, Jorbasa/flickr.com, Wallstein-Verlag, Tectum-Verlag, Klett-Cotta-Verlag, Raphael Reischuk/pixelio.de, Jorma Bork/pixelio.de, Medizin- und Pharmaziehistorische Sammlung der CAU

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,

www.medienhaus-kiel.de;

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel,

www.medienhaus-kiel.de;

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH

Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,
Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. Juni 2020

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich



Jörg Hansen, FDP
geboren am 4. April 1964
in Flensburg,
Polizeibeamter,
Diplomverwaltungswirt

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Mein politisches Interesse wurde als junger Mensch durch die Entführung von Hanns-Martin Schleyer entscheidend geprägt. Konkret wurde es aber später durch ein Sportprojekt, das sich um die Jugendlichen kümmerte. Ich war schon recht stolz, dass es kommunal umgesetzt und später landesweit aufgegriffen wurde. Über diesen kleinen Erfolg wuchs meine Motivation.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„In der Schule wurden wir über eine Frauenzeitschrift nach unseren Berufswünschen gefragt. Meine Antwort ‚Fußballprofi oder Kioskbesitzer‘ war offensichtlich so ungewöhnlich, dass sie gedruckt wurde. Später wollte ich Journalist werden.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Geschichte. Und Sport natürlich.“

Was war ihr allererster Job?

„Bevor ich zur Polizei ging, habe ich mir in den Sommerferien in einer Gärtnerei Geld hinzuverdient.“

Was macht Sie wütend?

„Ich bemühe mich, alles mit der typisch norddeutschen Gelassenheit zu sehen, manchmal auch zu ertragen. Über eigene Schusseligkeit kann ich mich allerdings schon ärgern.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Nicht umsonst fühlt man sich in Schleswig-Holstein wohl. In der Corona-Krise haben die Menschen bewiesen, dass sie auch verantwortungsvoll mit einer solchen Extremsituation umgehen. Wichtig ist daher, dass wir gut aus der Corona-Krise kommen und die richtigen Erkenntnisse daraus ziehen. Zwei Herzensangelegenheiten sind für mich darüber hinaus der Respekt vor Polizei und Rettungskräften und die Anerkennung des Wertes des Sportes.“



Volker Schnurrbusch, AfD
Journalist, Produzent,
verheiratet, drei Kinder

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Es waren zwei Erlebnisse: die verfehlte Euro- und Griechenland-Rettungspolitik und der immer enger werdende Meinungskorridor in den Redaktionen der großen Medienhäuser.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Ich wollte immer schon schreiben: Bücher, Aufsätze, Geschichten. Dass ich das auch beruflich machen durfte, ist ein großes Glück.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Deutsch, Englisch, Geschichte, Erdkunde, Kunst.“

Was war ihr allererster Job?

„Mein erster Job: Werkstudent in der chemischen Industrie. Die erste Station der Berufslaufbahn: Assistent des Hauptgeschäftsführers im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger.“

Was macht Sie wütend?

„Ignoranz. Noch mehr: die Kombination aus Ignoranz und Unverschämtheit.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Die Infrastruktur. Das Planungsrecht. Die Ansiedlung von innovativen Wirtschaftsunternehmen. Der unternehmerische Mut. Schleswig-Holstein ist ein großartiges Land, nutzt aber noch zu wenige seiner Möglichkeiten.“



Die Geschwister Amèlia und John Fellows Morey, erfolgreiche Teilnehmer des Wettbewerbs „Jugend musiziert“, gaben Mitte Juni eine Kostprobe ihres Könnens. Der Landtag lädt immer wieder musikalische Nachwuchstalente zur „Halben Stunde der Besten“.

Zu Besuch im Landeshaus



Trotz Maske wiedererkannt: Der ehemalige Sozial- und Finanzminister Claus Möller (SPD) war im April Gast der Plenarsitzung und diskutierte am Rande mit den sozialdemokratischen Abgeordneten Wolfgang Baasch (li.) und Bernd Heinemann.



Oberst Axel Schneider ist seit April Kommandeur des Landeskommandos Schleswig-Holstein. Mitte Mai kam er zum Antrittsbesuch in den Landtag und trug sich ins Gästebuch ein. Parlamentspräsident Klaus Schlie (re.) empfing den höchsten Repräsentanten der Bundeswehr im Lande zum Gespräch in seinem Dienstzimmer.



Friederike Kornmilch, Auszubildende zur tiermedizinischen Fachangestellten, hatte sich beim Petitionsausschuss beklagt, dass ihre Ausbildung nach dem ersten Lehrjahr von Pinneberg nach Neumünster verlegt wird. Mitte Juni stellte sie ihr Anliegen im Landtag vor. Die zentrale Ausbildung in Neumünster ab dem zweiten Azubi-Jahr spare Kosten, hieß es seitens des Landes. Eine mögliche Lösung: mehr digitale Angebote.



Elena Radkova Shekerletova ist seit Februar 2019 bulgarische Botschafterin in Berlin. Ende Juni war sie in Kiel zu Gast. Bulgarien möchte seine Wirtschaftsbeziehungen mit Norddeutschland ausbauen und unterhält seit einem Jahr eine Handelsvertretung in Hamburg.

Termine, Termine, Termine ...

Ab Juli: „Seebäderkultur“ im Landtag

Unter dem Motto „Badesaison! Seebäderkultur an Nord- und Ostsee“ befasst sich im Sommer eine Ausstellung im Landtag mit den Anfängen des Tourismus in Schleswig-Holstein. Es ist die erste Ausstellung im Landtag nach dem Corona-Lockdown. Gemeinsam mit Museen aus Kiel, Travemünde und von der Insel Föhr sowie mit der Investitionsbank IB.SH präsentiert

der Landtag Bilder und Postkarten, aber auch medizinische Geräte, Kleidungsstücke und Alltagsgegenstände. Die Ausstellung aus der Reihe „Kulturland SH“ kann vom 1. Juli bis zum 13. September täglich von 10 bis 18 Uhr von Einzelpersonen besucht werden. Für den 3. September ist eine „Midissage“ mit vertieften Einblicken als Livestream aus dem Plenarsaal geplant.

Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Zum Betreten des Hauses ist ein Mund-Nasen-Schutz erforderlich. Es dürfen sich maximal zehn Personen gleichzeitig in der Ausstellung aufhalten. Über eventuelle Änderungen beim Ausstellungszeitraum und den Besuchszeiten informiert www.sh-landtag.de



Anfänge des Bade-Tourismus im 19. Jahrhundert in Travemünde

Bürgerbeauftragte: Beratungstermine entfallen

Wegen der Corona-Pandemie hat die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ihre in Lübeck und Heide geplanten Bürgersprechtage zunächst bis Ende Juli abgesagt. Die „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1, entfallen ebenfalls bis auf weiteres. Die Bürgerbeauftragte verweist aber auf die Möglichkeit, eine sozialrechtliche Beratung am Telefon, per E-Mail oder per Post einzuholen: montags bis freitags von 9:00 bis 15:00 Uhr, mittwochs bis 18:30 Uhr.

**Aktuelles unter www.sh-landtag.de,
Rubrik „Beauftragte“**

Bürgerfest und Festakt zum Grenzjubiläum abgesagt

Die zum 100. Jahrestag der Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark geplanten Festveranstaltungen am 23. August in Flensburg fallen wegen der Corona-Pandemie aus. Betroffen sind das Bürgerfest in der Flensburger Innenstadt und der Festakt im Deutschen Haus. Für den Festakt nannte

die Staatskanzlei einen Ersatztermin am 24. November in der Flens-Arena. Mit den Großveranstaltungen sollte das Jubiläum der Volksabstimmungen zur deutsch-dänischen Grenzziehung gewürdigt werden. Zum Festakt von Landesregierung und Landtag hatten bereits Bundeskanzlerin Angela Merkel, die

dänische Regierungschefin Mette Frederiksen und Folketingpräsident Henrik Dam Kristensen zugesagt. Die Sommerreise von Ministerpräsident Daniel Günther und Landtagspräsident Klaus Schlie durch das Grenzland soll hingegen mit verkürztem Programm Ende August stattfinden.